

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

Sitzung: Dienstag, 26.11.2024, 15:00 Uhr

Raum, Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz
13, 38102 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.10.2024
3. Mitteilungen
- 3.1. Termine für die Sitzungen des Umwelt- und Grünflächenausschuss im Jahr 2025 **24-24761**
- 3.2. Sachstandsbericht zum Programm „Rückbau von übergroßen Lauben und Behelfswohnheimen in städtischen Kleingartenanlagen“
- 3.3. Zwischenbericht zur Evaluation der Hundewiesennutzung
4. Anträge
- 4.1. Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum Waldschutz in Braunschweig **24-24723**
5. Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025
6. Sanierung Spielplatz Inselwallpark **24-24515**
7. Umgestaltung des Bolzplatzes Bärenkamp in einen Dirt-Bike-Parcours und einen Basketballplatz (Halbfeld) **24-24659**
8. Herstellung eines inklusiven Zugangs zum Schulgebäude an der IGS Heidberg **24-24775**
9. Bezuschussung des Kleingärtnervereins Holzenkamp e.V. zur Erneuerung der Elektro-Installation des Vereinsheims **24-24758**
10. Bezuschussung des Kleingärtnervereins Kälberwiese e.V. zur Begleichung der Kosten für Wasserverbrauch wegen nicht erkannter Leckage an der Wasserleitung

11. Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)
12. Anfragen
- 12.1. Mündliche Anfragen

24-24575

Braunschweig, den 20. November 2024

Betreff:

**Termine für die Sitzungen des Umwelt- und Grünflächenausschuss
im Jahr 2025**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

15.11.2024

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.11.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Für die Sitzungen des Umwelt- und Grünflächenausschusses sind im Jahr 2025 folgende Termine vorgesehen:

- Dienstag, 28. Januar 2025
- Freitag, 21. März 2025
- Dienstag, 06. Mai 2025
- Mittwoch, 04. Juni 2025
- Freitag, 29. August 2025
- Dienstag, 30. September 2025
- Dienstag, 11. November 2025

Als Beginn ist an allen Sitzungsterminen 15:00 Uhr vorgesehen. Der Sitzungsort wird in der Einladung bekannt gegeben.

Herlitschke

Anlage/n: keine

Betreff:

Sachstandsbericht zum Programm "Rückbau von übergroßen Lauben und Behelfswohnheimen in städtischen Kleingartenanlagen"

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

20.11.2024

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.11.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit Verweis auf die Mitteilung 18-08408 „Verfahrensweise im Umgang mit Behelfswohnheimen in städtischen Kleingartenanlagen“ vom 14.06.2018 erfolgt vom Fachbereich Stadtgrün nach nunmehr sechs Jahren, in denen systematisch Rückbaumaßnahmen realisiert worden sind, ein Bericht zum Sachstand der Umsetzung des betreffenden Programms.

Von 2018 bis 2024 wurden 32 übergroße Lauben bzw. Behelfswohnheime mit einem Kostenvolumen von rund 567.000 € im gesamten Stadtgebiet zurückgebaut. Die Rückbaumaßnahmen betrafen z.B. die Kleingartenvereine Lindenberg II und V, Schwarzer Kamp, Kralenriede, Himmelreich, Lange Hecke. Die Bauten wurden entfernt und die Parzellen im geräumten Zustand an den jeweiligen Kleingartenverein zur erneuten Verpachtung übergeben. Partiiell konnten übergroße Parzellen geteilt und das Angebot an verpachtbaren Parzellen des jeweiligen Vereins im Einzelfall erhöht werden.

Eine weitere Maßnahme des Rückbaus eines Behelfswohnheimes (Zweifamilienhaus) im Kleingartenverein Ganderhals befindet sich zzt. in der Ausschreibung und wird 2025 ausgeführt.

Es konnten nur die nicht verpachteten oder frei gewordenen Parzellen bearbeitet werden. So existieren noch insgesamt ca. 22 Parzellen in verschiedenen Kleingartenvereinen, auf denen die Bauten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zurück gebaut werden können, da hier ein rechtsgültiges Pachtverhältnis besteht. Diese Parzellen können erst nach Beendigung des Pachtverhältnisses in die Planung aufgenommen und geräumt werden vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in dem erforderlichen Umfang.

Alle durchgeführten Maßnahmen wurden im Vorfeld mit dem Landesverband Braunschweig der Gartenfreude e.V. abgestimmt.

Herlitschke

Anlage/n: keine

Betreff:

Zwischenbericht zur Evaluation der Hundewiesennutzung

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

20.11.2024

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.11.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Verwaltungsausschuss hat am 04.05.2021 (DS-Nr. 21-15375, ergänzt durch 21-15375-01, abgeändert durch 21-15375-02) die Errichtung von drei Hundewiesen zum ganzjährigen leinenlosen Führen der Hunde in der Stadt Braunschweig beschlossen. Die Flächen am Dorntriftweg/Madamenweg (ca. 5.000 m²) und in Bienrode Im Großen Moor (ca. 7.500 m²) sind eingezäunt und wurden zunächst temporär eingerichtet, die Fläche am Franzschen Feld/Nußberg (53.817 m²) ist aufgrund des historischen Charakters der Parkanlage nicht eingezäunt. Mit dem Änderungsantrag (DS-Nr. 21-15375-02) wurde außerdem festgelegt, dass die Nutzung der beiden temporären Hundewiesen nach zwei Jahren evaluiert wird und die Ergebnisse den politischen Gremien mitgeteilt werden. Im August 2024 hat die Stadt Braunschweig eine Online-Befragung durchgeführt. Die Befragungsergebnisse sollen einerseits in das Konzept zur Ausweisung von Hundewiesen in der Stadt, andererseits zur Weiterentwicklung des bestehenden Angebotes einfließen.

Insgesamt haben 904 Bürgerinnen und Bürger an der Umfrage teilgenommen. Die Ergebnisse wurden zum jetzigen Zeitpunkt zunächst vorläufig ausgewertet und sind im beigefügten Zwischenbericht dargestellt. Eine abschließende Auswertung ist derzeit in Arbeit und wird zu einem späteren Zeitpunkt dem Umwelt- und Grünflächenausschuss mitgeteilt.

Herlitschke

Anlage/n:

Zwischenbericht zur Evaluation der Hundewiesennutzung

Zwischenbericht zur Evaluation der Hundewiesennutzung

Von 05. bis zum 26. August 2024 hat die Stadt Braunschweig eine Online-Befragung durchgeführt. Als Zielgruppen wurden die Nutzenden der Hundewiesen sowie Hundehalterinnen und -halter allgemein identifiziert. Ziel ist es, mit der Evaluation das Nutzungsverhalten der Hundehalterinnen und -halter sowie die Akzeptanz der Hundewiesen zu ermitteln. Zudem sollen im Falle einer dauerhaften Verstetigung Verbesserungsvorschläge und Bedürfnisse erfasst werden, auch mit Blick auf weitere potentielle Neuanlagen von Hundewiesen. Gegenstand der Erfassung waren die drei eingangs genannten, bereits bestehenden Hundewiesen. Die Evaluation wurde über einen digital zur Verfügung stehenden Fragebogen umgesetzt. Veröffentlicht wurde der Online-Fragebogen bzw. der Link zu diesem über das Mitreden-Portal der Stadt Braunschweig. Beworben wurde die Befragungsaktion über die Presse sowie die städtischen Social-Media-Kanäle. Plakate mit Hinweis auf die Befragung und QR-Code mit Link auf das Portal und den digitalen Fragebogen wurden vor Ort an den Hundewiesen platziert. Die Ergebnisse der Befragung können auch für die Ausgestaltung zukünftiger Hundewiesen nützlich sein und Erkenntnisse liefern, warum bspw. Hundehalterinnen und -halter derzeit das Angebot der Hundewiesen nicht nutzen.

Zu beachten ist, dass die Erkenntnisse zu der Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg nur eingeschränkt übertragbar auf die Weiterentwicklung des Hundewiesenkonzeptes in Braunschweig sind; aufgrund der Lage im Landschaftsschutzgebiet sowie der Lage in der denkmalgeschützten historischen Parkanlage des Prinz-Albrecht-Parks.

In mehreren Fragen der Evaluation war eine Mehrfachnennung möglich. Hierzu zählten die Fragen nach der Nutzung der einzelnen Hundewiesen, wie man von diesen erfahren hat, warum und wann man sie nutzt (Jahreszeiten, Wochentage, Tageszeiten), wie die Hundewiesen verbessert werden könnten und an welchem Standorten weitere gewünscht werden (max. drei Stadtteile konnten ausgewählt werden). Durch die Möglichkeit zur Mehrfachnennung gibt es einige Fragen, bei denen die Summe aller Anteile mehr als 100 % ergeben. Zudem wurden im Fragebogen mehrere Pfade eingerichtet. So wurden die Teilnehmenden je nach Antwort bei bestimmten Schlüsselfragen über entsprechende Filterungen auf einen dieser Pfade geleitet. Neben den festen Antwortmöglichkeiten, gab es in einigen Fragen auch die Option mit freiem Text zu antworten oder zu kommentieren (bspw. im letzten Teil der Evaluation). Die qualitative Auswertung der offenen Textfragen erfolgte bisher nur im Ansatz und wird im Endbericht dargestellt.

Persönliche Informationen der Teilnehmenden

Um sozialdemografische Muster zu erfassen, wurden einige persönliche (anonymisierte) Daten der Teilnehmenden erfragt. Es handelt sich dabei um standardisierte Fragen, die in der Regel mit erhoben werden, um bei Verschneidung der Frageergebnisse diese in einen sozialdemografischen Kontext setzen zu können.

Von den 904 Teilnehmenden fühlten sich knapp 69 % dem weiblichem und 29 % dem männlichen Geschlecht zugehörig (Abb. 1). Circa ein Prozent gab die Antwortmöglichkeit divers an. Ein Prozent der Befragten hat bezüglich der Geschlechtszugehörigkeit keine Antwort abgegeben.

Welchem Geschlecht fühlen Sie sich zugehörig (n = 904) ?

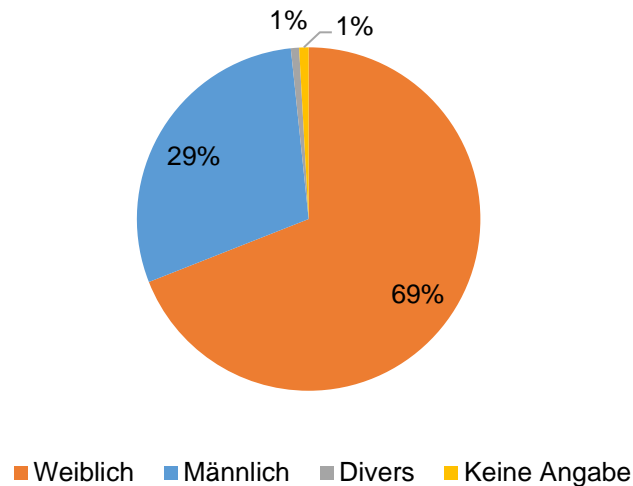


Abb. 1: Geschlechterverteilung [%] der Befragten (n = 904).

Die Altersverteilung der Teilnehmenden war relativ heterogen (Abb. 2). So war jeweils ca. ein Drittel zwischen 20 und 30 Jahren, zwischen 35 und 49 Jahren sowie zwischen 50 und 64 Jahren alt. Knapp sieben Prozent waren 65 oder älter. Lediglich ein Prozent gab an, unter 20 Jahren alt zu sein. Vier der 904 Teilnehmenden machten bezüglich ihres Alters keine Angabe.

Wie alt sind Sie (n = 904)?

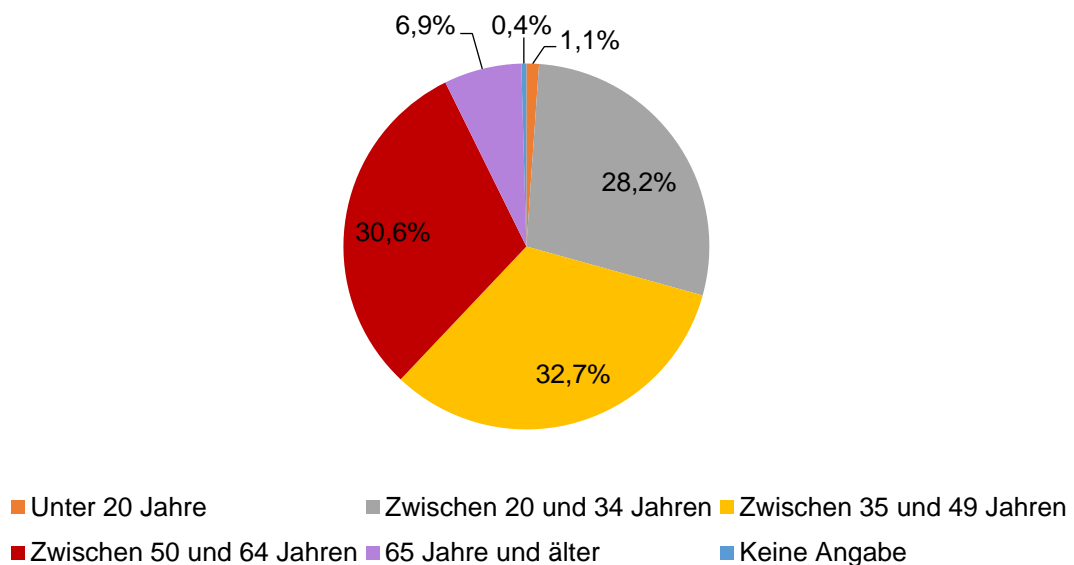


Abb. 2: Altersverteilung [%] der Befragten (n = 904).

Mit Abstand die meisten der Befragten gaben als Wohnort das Östliche Ringgebiet an (20,9 %) (Abb. 3). Der zweithäufigste Wohnort war das Westliche Ringgebiet (7,9 %) gefolgt von einem Wohnort außerhalb Braunschweigs (7,2 %) und der Innenstadt (5,0 %). Die restlichen Wohnorte wurden alle weniger als fünf Prozent genannt. 61 der insgesamt 904 Teilnehmenden gaben keinen Wohnort an (6,8 %). Aufgrund dieser Verteilung kann davon ausgegangen werden, dass die Befragten hauptsächlich die Hundefreilauffläche am Franzschen Feld/Nußberg nutzen, was sich in einer späteren Frage bestätigt (Abb. 8).

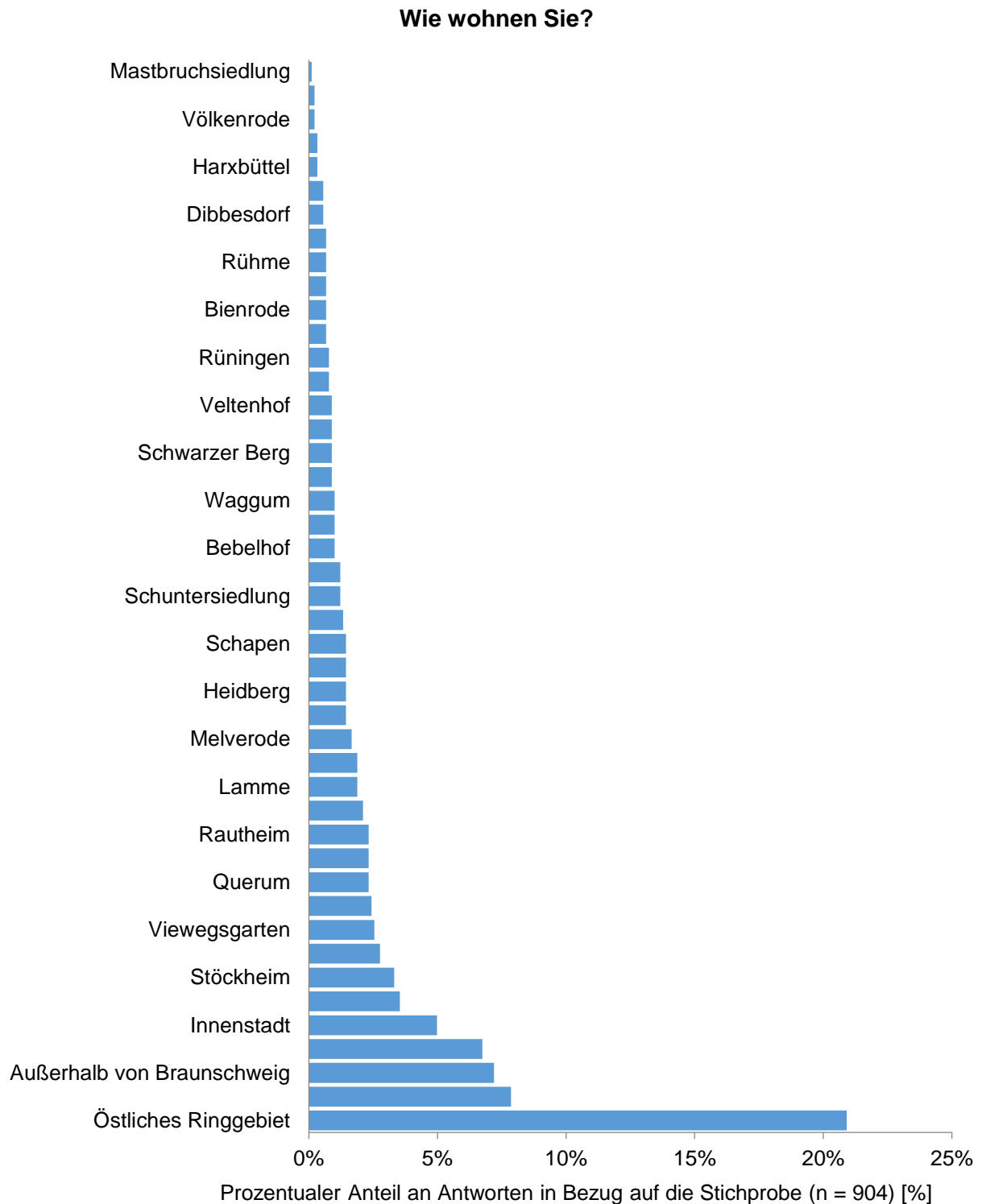


Abb. 3: Wohnortsverteilung der Befragten (n = 904).

Auswertung der spezifischen Fragen der Evaluation

Der Großteil der Befragten hielt zum Zeitpunkt der Evaluation einen Hund (> 80 %) (Abb. 4). Knapp elf Prozent der Befragten hielten zwei Hunde. Lediglich ein geringer Anteil der Befragten gab an mehr als zwei Hunde zu besitzen. Von den 904 Teilnehmenden besaßen 25 selber keinen eigenen Hund, führten aber Hunde aus.

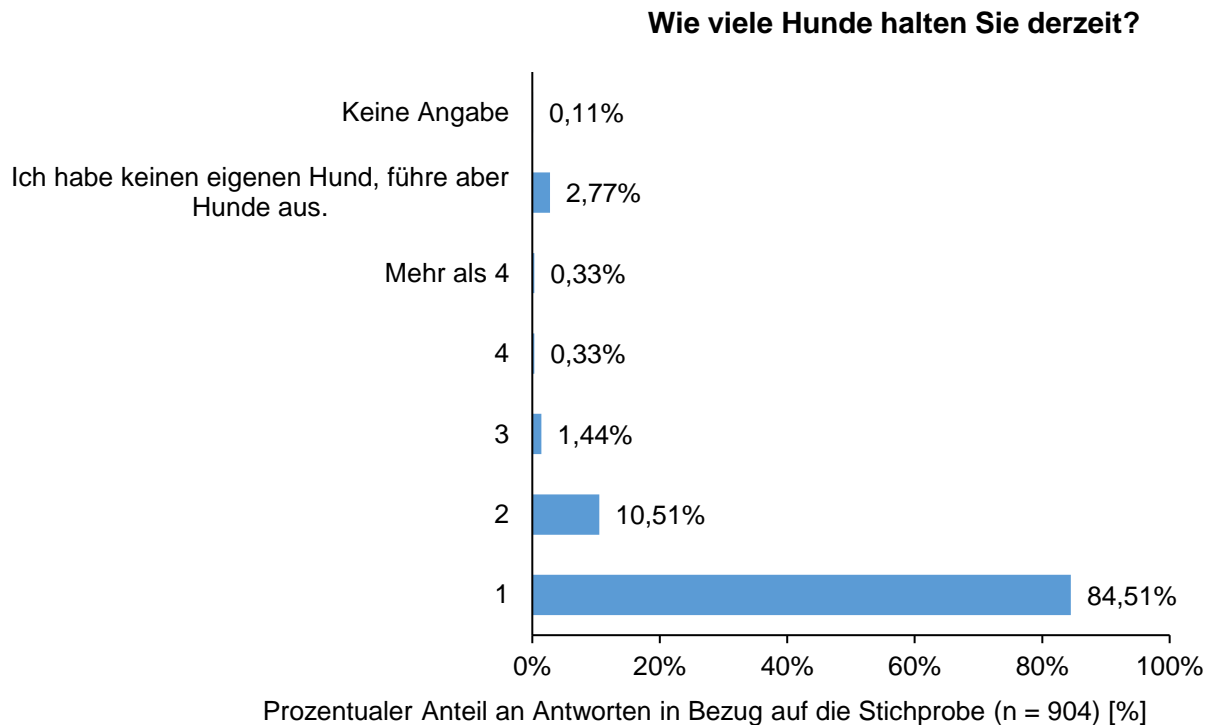


Abb. 4: Balkendiagramm zur Frage „Wie viele Hunde halten Sie derzeit?“ (n = 904).

Nahezu allen Befragten wussten bereits vor der Evaluation von den Hundewiesen in Braunschweig (> 98 %). Lediglich 18 der insgesamt 904 Befragten hatten bisher kein Wissen über die Hundewiesen in Braunschweig. Zwei Personen machten hierzu keine Angaben.

Wissen Sie, dass es in der Stadt Braunschweig Hundewiesen gibt (n = 904) ?

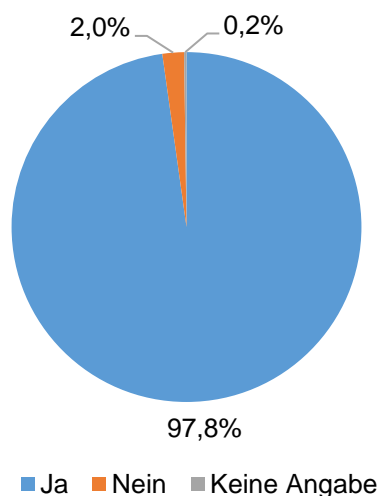


Abb. 5: Kreisdiagramm zur Frage „Wissen Sie, dass es in der Stadt Braunschweig Hundewiesen gibt?“ (n = 904).

Mehr als die Hälfte der Befragten erfuhr über ihr soziales Umfeld von den Hundewiesen (Abb. 6), was zeigt, dass „Mund-zu-Mund-Propaganda“ eine große Rolle für die Nutzenden spielt. Knapp jede sechste Person erfuhr über Social Media oder die Zeitung bzw. Presse von den Hundewiesen oder ist zufällig an einer der drei Hundewiesen vorbeigekommen. Lediglich ein Prozent der Befragten gab an, erst durch die Umfrage von den Hundewiesen in Braunschweig erfahren zu haben.

**Woher haben Sie von den Hundewiesen in Braunschweig erfahren
(n=904)?**

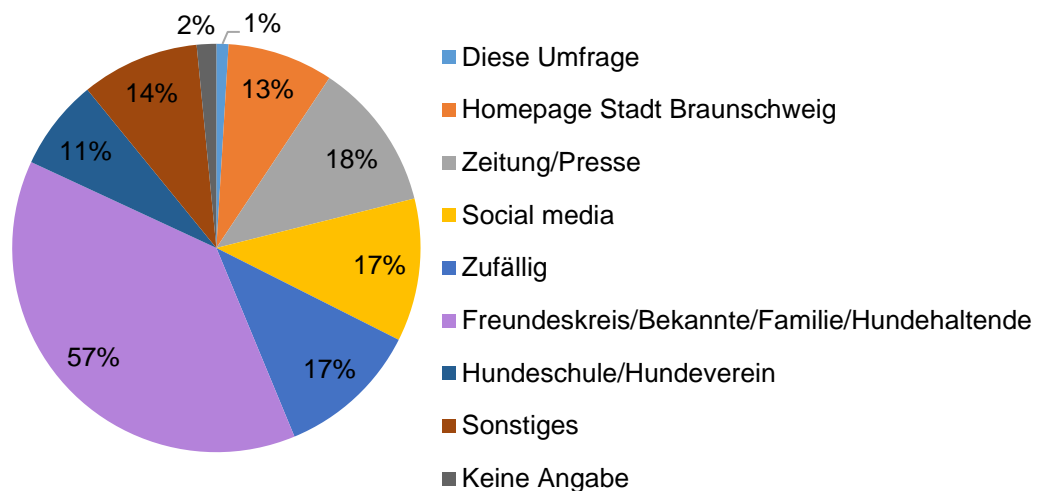


Abb. 6: Kreisdiagramm zur Frage „Wissen Sie, dass es in der Stadt Braunschweig Hundewiesen gibt?“ (n = 904).

Der überwiegende Teil der Befragten hat die Hundewiesen in Braunschweig bereits mindestens einmal genutzt (Abb. 7). Lediglich elf Prozent gaben an, die Hundewiesen bisher noch nicht besucht zu haben. Als Gründe für die Nicht-Nutzung wurden unter anderem angegeben, dass die bisherigen Flächen zum einem zu klein oder zu weit vom eignen Wohnort entfernt seien. Des Weiteren mieden einige der Befragten die Hundewiesen bisher, da sie ihrer Ansicht zu überfüllt seien und die Hundehalterinnen und -halter keine Rücksicht aufeinander nähmen. Ein Teil der Befragten gab an, die Hundewiese nicht zu nutzen, da das Konfliktpotential mit anderen Hunden zu groß sei. Gerade für die Hundewiese Franzsches Feld/Nußberg wurden der fehlende Sichtschutz und die fehlende Einzäunung als Gründe angegeben. Die Gründe für die Nicht-Nutzung beinhalten wichtige Informationen für das weitere Vorgehen der Verwaltung.

**Haben Sie selber schon einmal mindestens eine der Hundewiesen
in Braunschweig genutzt?**

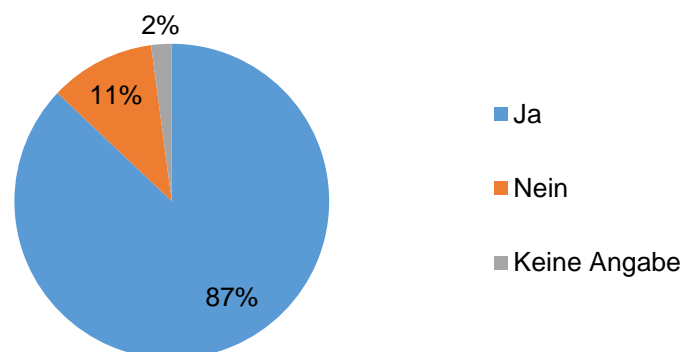


Abb. 7: Kreisdiagramm zur Frage „Haben Sie selber schon einmal mindestens eine der Hundewiesen in Braunschweig genutzt?“ (n = 904).

Die Hundewiese Franzsesches Feld/Nußberg wurde von den Befragten am häufigsten genutzt (zwei Drittel, vgl. Abb. 8). Dagegen wurden die Hundewiesen Im Großen Moore/Bienrode und am Madamenweg/Dorntriftweg von jeweils einem Drittel der Befragten besucht. Knapp dreizehn Prozent der Befragten machten keine Angabe. Dies muss aber nicht vollständig die Beliebtheit der Hundewiesen widerspiegeln. Die hohe Nutzungsintensität der Hundewiese Franzsesches Feld/Nußberg könnte u.a. auf die Lage im einwohnerstarken und hochverdichteten Stadtteil Östliches Ringgebiet zurückzuführen sein, in dem ggf. auch der Bedarf nach Freiflächen für Hunde ausgeprägter ist. Andererseits kann aufgrund der parallel aufkommenden medialen Aufmerksamkeit bezüglich der Beschilderung die Motivation zur Teilnahme an der Befragung größer gewesen sein.

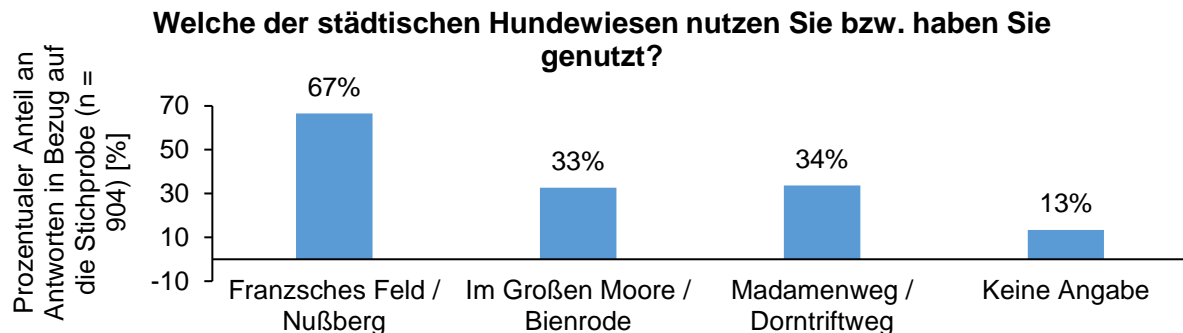


Abb. 8: Welche Hundewiesen wurden von den Befragten bisher genutzt (n = 904).

Mehr als zwei Drittel der Befragten nutzten die Hundewiesen vor allem aufgrund der Möglichkeit, ein ganzjähriges Freilaufen der Hunde zu ermöglichen (Abb. 9). Auch das Spiel der Hunde untereinander und die Auslastung wurde von mehr als der Hälfte der Befragten als Gründe für die Nutzung angegeben. Knapp die Hälfte besuchen die Hundewiesen auch zur Sozialisierung junger oder unerfahrener Hunde. Des Weiteren werden die Hundewiesen von etwa je einem Drittel als Treffpunkt mit Gleichgesinnten/Bekannten und für das Spiel mit dem eigenen Hund gesehen. Knapp dreizehn Prozent der Befragten machten keine Angabe. Insgesamt wird deutlich, dass es eine Vielzahl von Gründen für die Nutzung von Hundewiesen gegeben hat und keine der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten besonders herausstach. Insbesondere für Hunde, die entweder aufgrund von spezifischen Problemen (Jagdtrieb, Angst) oder aufgrund des Trainingsstands (junger, noch nicht erzogener Hund) normalerweise nicht freilaufen gelassen werden können, sind eingezäunte Hundefreilaufflächen eine gute Möglichkeit der zusätzlichen Auslastung. Außerdem kann die Zeit der Leinenpflicht so überbrückt werden. Letzteres wurde durch eine entsprechende Frage ebenfalls bestätigt (vgl. Abb. 11).

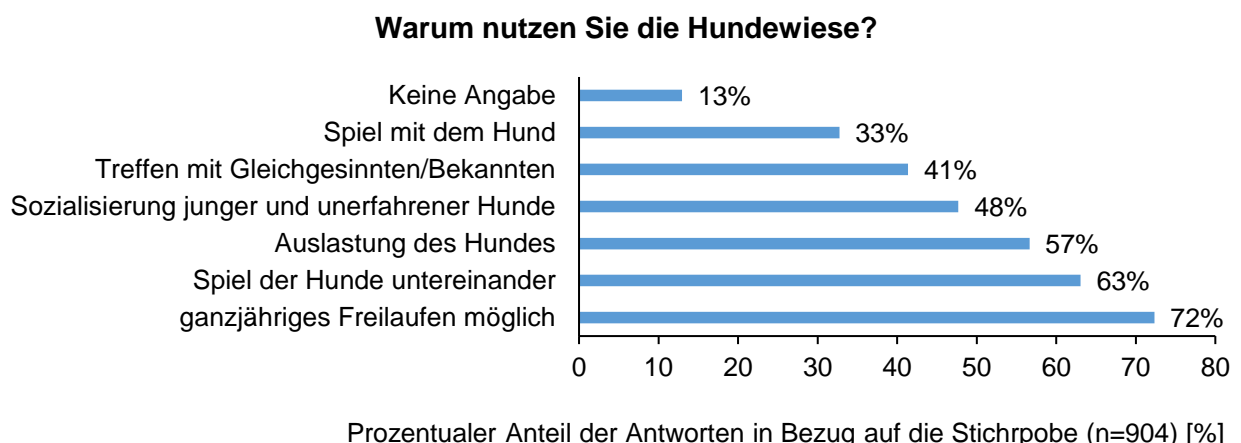


Abb. 9: Gründe für die Nutzung von Hundewiesen.

In Bezug auf die Nutzung der Hundewiesen bei Betrachtung der einzelnen Jahreszeiten ist kein eindeutiger Trend erkennbar (Abb. 10). So nutzte der Großteil der Befragten die Hundewiesen in allen Jahreszeiten. Lediglich eine kleinere Verringerung der Nutzung wurde für den Winter sichtbar. So besuchten zehn bis fünfzehn Prozent der Befragten die Hundewiesen in den Wintermonaten weniger als in den anderen Jahreszeiten. Vierzehn Prozent der Befragten machten hierzu keine Angaben. Eine geringfügig seltenere Nutzung während der Wintermonate kann vermutlich mit dem grundsätzlich schlechteren Wetter, kälteren Temperaturen und kürzerer Helligkeit in Zusammenhang gebracht werden.

**Zu welcher Jahreszeit nutzen Sie die Hundewiesen
(n = 904)?**

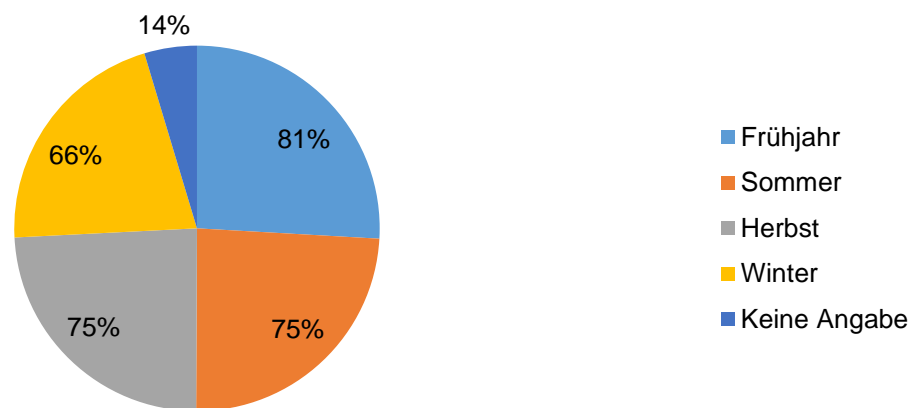


Abb. 10: Prozentualer Verteilung der Nutzung der Hundewiesen in den vier Jahreszeiten in Bezug auf die Stichprobe (n = 904).

Knapp die Hälfte aller Befragten gab an die Hundewiesen innerhalb der Leinenzwangzeit häufiger als in der restlichen Zeit des Jahres zu nutzen. Dagegen nutzten knapp ein Drittel der Befragten die Hundewiese in dieser Zeit nicht mehr als im restlichen Jahr. 21 % konnten diese Frage nicht eindeutig beantworten oder machten hierzu keine Angabe.

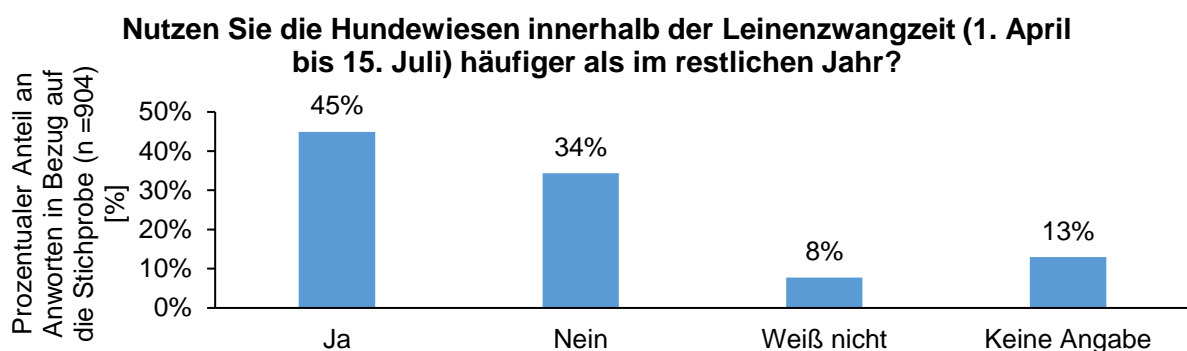


Abb. 11: Nutzungsverhalten der Befragten in Bezug auf die Leinenzwangzeit (n = 904).

Aus dem Antwortverhalten der Befragten geht hervor, dass es keinen eindeutigen Wochentag gibt, an dem die Hundewiesen überproportional häufiger genutzt werden. (Abb. 12). So gaben 59 % der Befragten an, dass sie an keinem festen Wochentag die Hundewiesen besuchten. Tendenziell nutzten mehr Befragte die Hundewiese zum Wochenende hin.

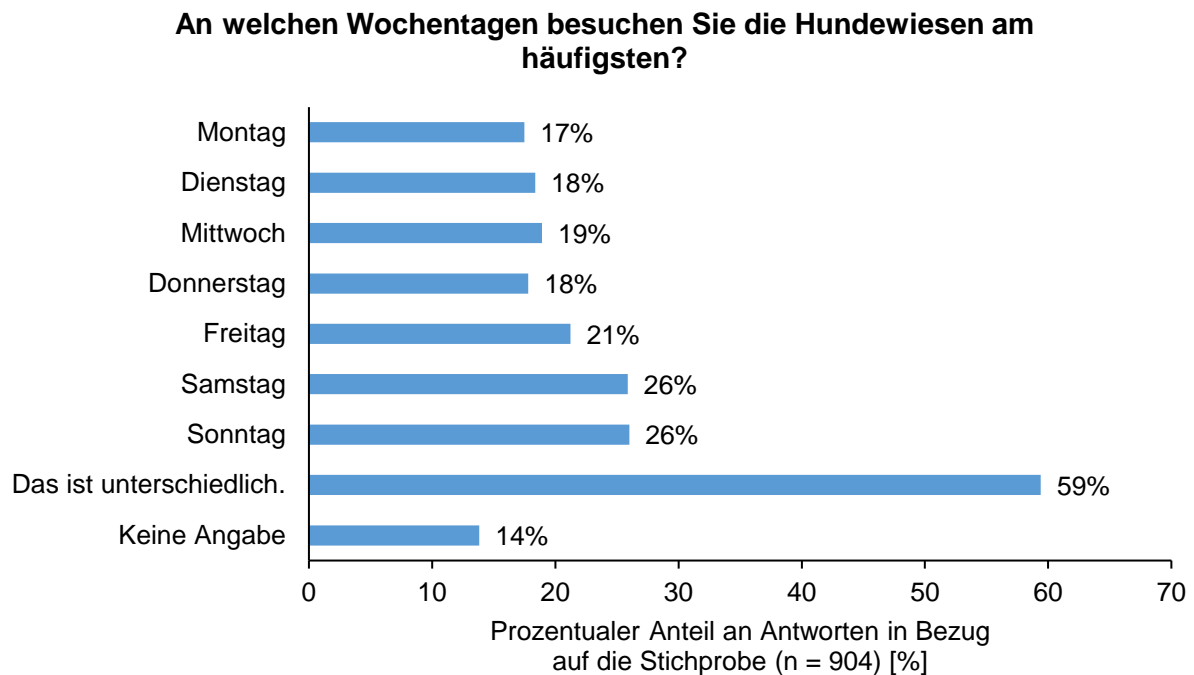


Abb. 12: Prozentualer Verteilung der Nutzung der Hundewiesen an den einzelnen Wochentagen in Bezug auf die Stichprobe (n = 904).

Bei Betrachtung der einzelnen Tageszeiten fällt auf, dass die Hundewiese am häufigsten zur Nachmittagszeit genutzt werden. So gaben mehr als ein Drittel der Befragten an, die Hundewiesen überwiegend nachmittags zu besuchen. Tendenziell wurden die Hundewiesen von den Befragten zur Mittagszeit am wenigsten genutzt. Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, keine feste Tageszeit für den Besuch der Hundewiese zu haben (Abb. 13). Vierzehn Prozent der Befragten machten hierzu keine Angaben.

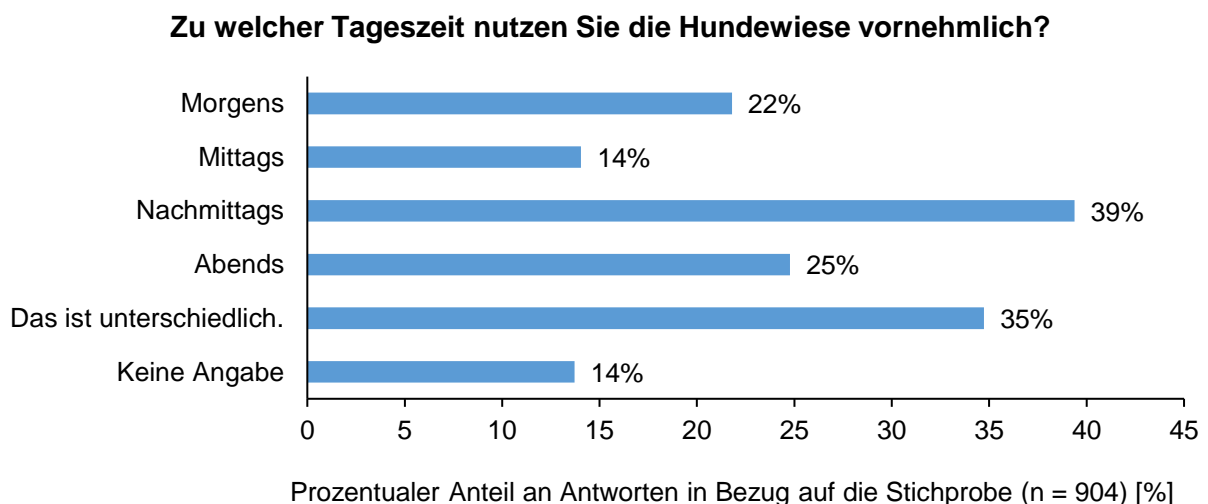


Abb. 13: Prozentualer Verteilung der Nutzung der Hundewiesen an den einzelnen Tageszeiten in Bezug auf die Stichprobe (n = 904).

Fast 60 % der Befragten fahren mit dem Auto zu den Hundewiesen (Abb. 14). Mehr als ein Drittel der Befragten geht zu Fuß, um zu den Hundewiesen zu gelangen. Die dritthäufigste Anfahrtsmöglichkeit war mit dem Rad (13,6 %). Den ÖPNV nutzen nur die wenigsten der Befragten, um die Hundewiesen zu besuchen (< 5 %). Auch bei der Betrachtung der einzelnen Hundewiesen war bei allen drei Hundewiesen das Auto das mit Abstand beliebteste Verkehrsmittel. Vor allem bei der Hundewiese Im großen Moore/Bienrode nutzen 90 % der Befragten das Auto um zur Hundewiese zu gelangen. Dementsprechend sollte bei der Ausweisung weiterer Hundewiesen die Zugänglichkeit mit dem Auto und die Parkmöglichkeiten vor Ort in die Standortauswahl einbezogen werden. Bei allen drei Hundewiesen war die Option „zu Fuß“ die zweitbeliebteste Möglichkeit, um zu den jeweiligen Hundewiesen zu gelangen. Am größten ist der Anteil an Fußgängern bei der Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg und am geringsten für die Hundewiese Im großen Moore/Bienrode. In Bezug auf die Nutzung des ÖPNV als Beförderungsmittel waren zwischen den einzelnen Hundewiesen keine großen Unterschiede sichtbar. Bei allen drei Hundewiesen war identisch zur Gesamtbetrachtung das Fahrradfahren die dritthäufigste Anfahrtsmöglichkeit.

Wie gelangen Sie typischerweise zur Hundewiese (n=904)?

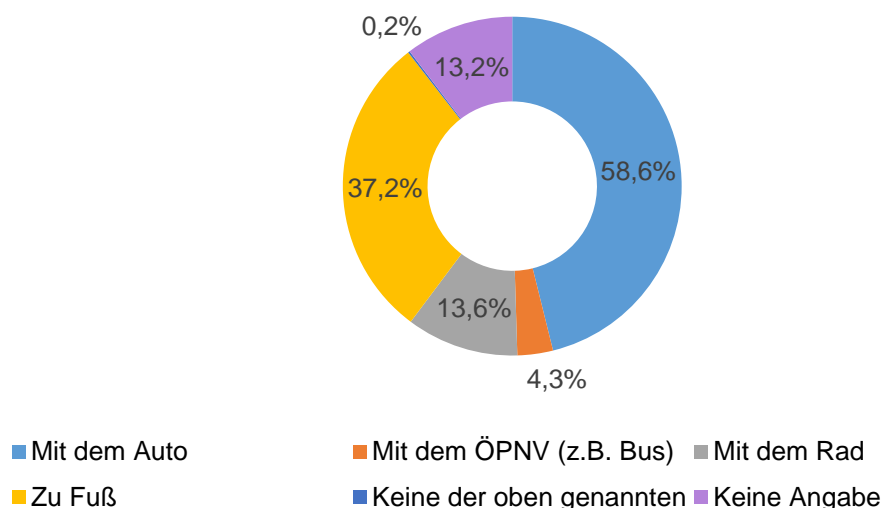
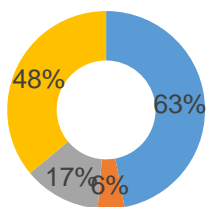
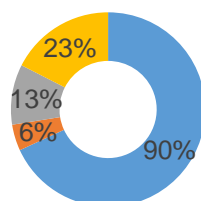


Abb. 14: Prozentualer Verteilung zu den Beförderungs- bzw. Anfahrtsmöglichkeiten zu den Hundewiesen in Bezug auf die Stichprobe (n = 904).

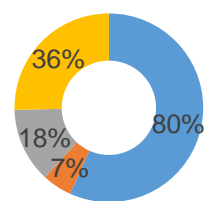
Franzisches Feld/Nußberg (n=602)



Im großen Moore/Bienrode (n=296)



Madamenweg/Dorntriftweg (n=304)



■ Auto
■ ÖPNV
■ Rad
■ zu Fuß

Abb. 15: Prozentualer Verteilung zu den Beförderungs- bzw. Anfahrtsmöglichkeiten zu den einzelnen Hundewiesen.

Die Hundewiese Franzshes Feld/Nußberg wurde von den Befragten im Durchschnitt am besten bewertet (\bar{x} 2,96) (Abb. 16) und wies von allen Hundewiesen die höchste Anzahl an sehr gut bis befriedigenden Bewertungen auf (Schulnoten 1 bis 3). Die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg wurde am schlechtesten bewertet (\bar{x} 3,69). Die Hundewiese Im großen Moore/Bienrode wurde im Durchschnitt eher befriedigend bewertet (\bar{x} 3,23). Die Anzahl an ungenügenden Bewertungen (Schulnote sechs) und mangelhaften Bewertungen war bei allen drei Hundewiesen verhältnismäßig ähnlich gering.

Welche Schulnote würden Sie den städtischen Hundewiesen geben?

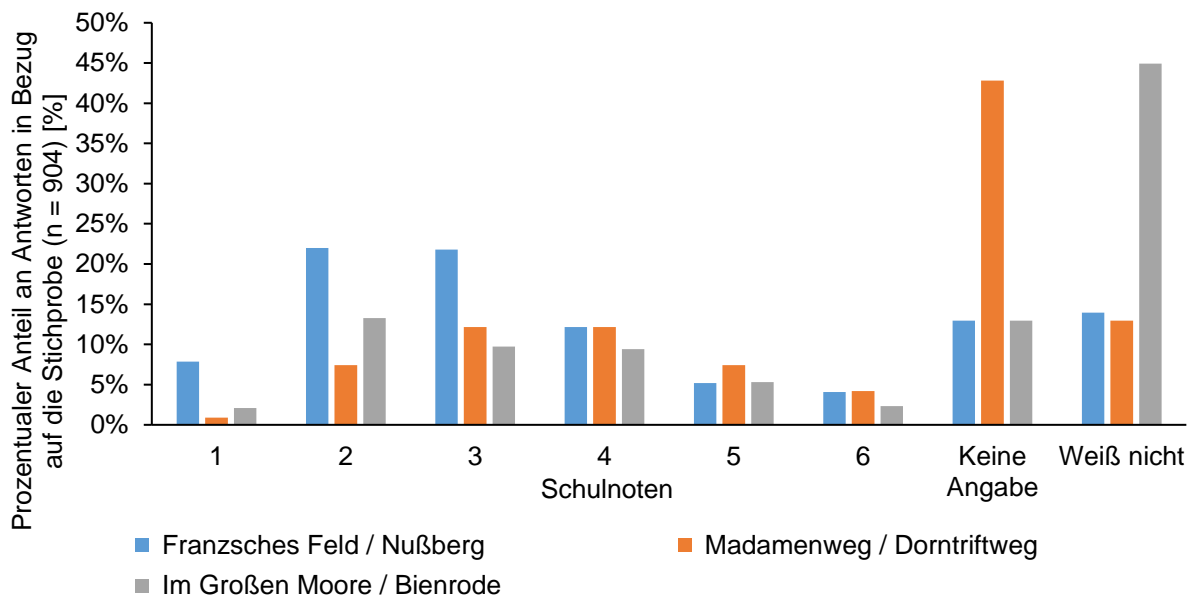


Abb. 16: Prozentualer Verteilung der Schulnoten für die einzelnen Hundewiesen (n = 904).

Mehr als die Hälfte der Befragten wünschen sich mehr Sitzgelegenheiten innerhalb der einzelnen Hundewiesen (Abb. 17). Knapp 30 % würden sich über einen stabilen Außenzaun oder eine Schleuse im Eingangsbereich freuen. Hierfür spricht auch, dass mehrfach in der Evaluation auf Löcher in den Zäunen bzw. Untergrabung der Zäune durch Hunde hingewiesen wurde. So wurde sich vor allem für die Hundewiese Franzshes Feld/Nußberg eine Einzäunung der Fläche gewünscht. Allerdings gab es ebenso eine Vielzahl von Stimmen, die sich mehr nicht eingezäunte Bereiche wünscht bzw. dankbar darüber ist, dass diese Hundewiese nicht eingezäunt ist. Einen befestigten Eingangsbereich würden vierzehn Prozent der Befragten gutheißen. So seien die Hundewiesen aufgrund der häufigen Nutzung gerade bei feuchtem Bedingungen teilweise nur eingeschränkt nutzbar. Dies wurde vor allem bei der Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg angesprochen. Laut den Befragten liefe das Wasser nur eingeschränkt ab und die Fläche ist daher häufig sehr matschig. Bei allen vier genannten Möglichkeiten zur Erhöhung der Attraktivität der Hundewiesen (Sitzgelegenheiten, stabiler Außenzaun, Schleuse o.ä., befestigter Eingangsbereich) handelte es sich um vorgegebene Antwortmöglichkeiten. Für die anderen aufgeführten Möglichkeiten wurden die einzelnen Äußerungen im freien Textfeld betrachtet und kategorisiert. Die häufigste nicht vorgegebene Antwortmöglichkeit war der Wunsch nach Trinkmöglichkeiten für die Hunde beziehungsweise Abkühlungsmöglichkeiten (z. B. Bademöglichkeiten) im Allgemeinen. Ebenfalls vermehrt wurden sich weitere Ausstattungsmöglichkeiten für die Hunde gewünscht, sei es durch Parcours- und Balancierelemente (z. B. Agility), ausgewiesene Buddelflächen, Schnüffelpfade oder feste Spielzeuge z. B. für Zerrspiele.

Ein häufiger genanntes Problem war das Vorhandensein von Löchern, die eine Verletzungsgefahr für Mensch und Tier darstellen. Hier wünschten sich knapp fünf Prozent der Befragten eine häufigere Ausbesserung der Löcher durch die Stadt. Ebenfalls wurde für die Lösung des Problems vorgeschlagen, Material und Ausstattung auf den Hundewiesen zur eigenständigen Beseitigung von Löchern zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren schilderte ein Teil der Befragten, dass einige Hundehalterinnen und -halter kaum Rücksicht auf andere Nutzende (sowohl Hunde als auch Menschen) nehmen würden. Als Lösung wurde hierfür das Aufstellen von Verhaltensregeln für die einzelnen Hundewiesen genannt. Sieben Prozent fanden, dass durch ein häufigeres Mähen der Hundewiesen die Attraktivität erhöht werden könnte. Laut den Befragten würden die umliegenden Grünflächen (z. B. an der Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg) häufiger gemäht werden, während bei den Hundewiesen das Gras höher sei. In dem Zusammenhang wurde auf die Gefahr von Grannen für Hunde hingewiesen. Knapp zwölf Prozent der Befragten hätten gerne mehr Schattenspenden durch z. B. die Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern. Bäume/Sträucher könnten auch dazu dienen, die Fläche naturnaher zu gestalten und damit für die Hunde attraktiver zu machen. Gerade für die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg wurden sich Bäume und Sträucher als Schattenspenden gewünscht, da sie an sonnenintensiven Sommertagen laut den Befragten nur eingeschränkt nutzbar sei. Im Allgemeinen sprach sich eine Vielzahl der Befragten für eine landschaftlich attraktivere und strukturreichere Gestaltung aus. Vier Prozent der Befragten hätten gerne größere Flächen zur Verfügung bzw. finden die jetzigen Flächen zu klein.

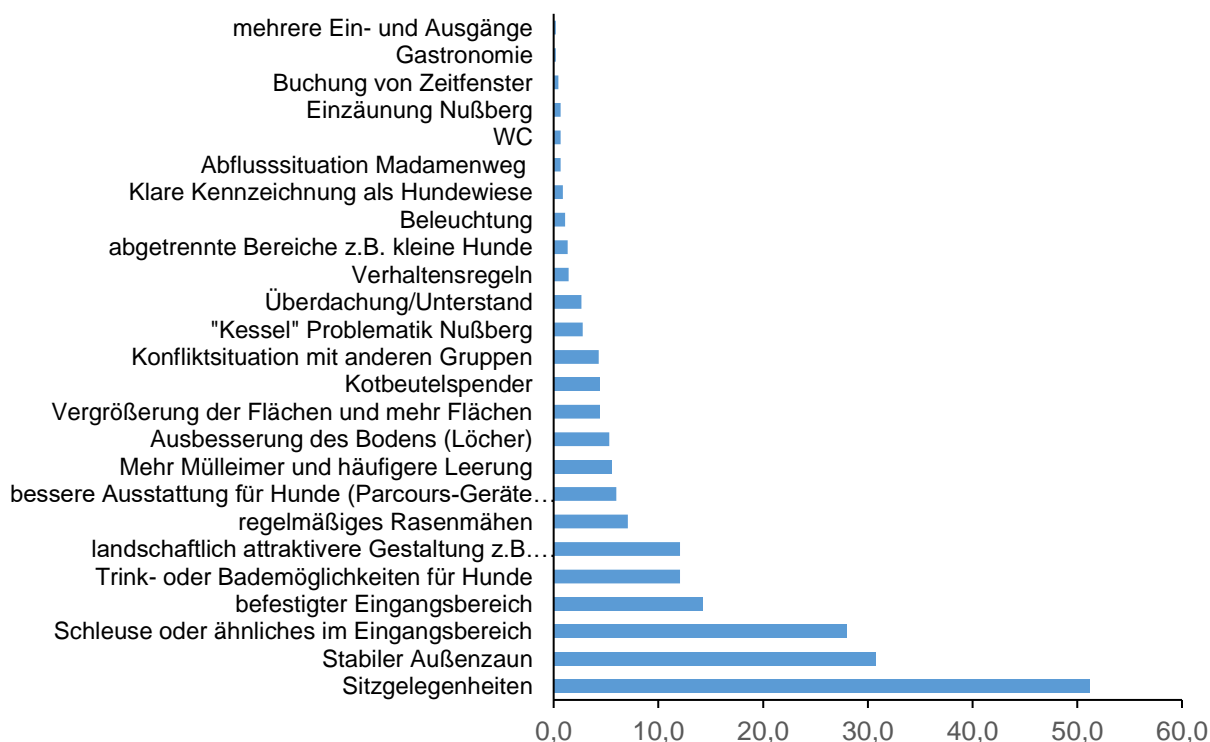
Ebenfalls kam der Wunsch nach größeren Hundefreilaufflächen auf. Hier wurde vor allem auf die vermeintliche Verkleinerung der Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg hingewiesen, welche auch in den sozialen Medien und der Presse für Irritationen gesorgt hat. Ausgelöst wurde der Diskurs durch das Aufstellen neuer Schilder, wodurch die bisher bestehende Regelung verdeutlicht hat. Größere Flächen würden helfen, Konfliktsituationen zu vermeiden bzw. die Kontakte zwischen den Hunden besser kontrollieren zu können. In Bezug auf die Flächen wurde auch der Wunsch nach abgetrennten Bereichen für größere und kleinere Hunde bzw. für reaktivere Hunde (z. B. aus dem Tierschutz) geäußert. So merkten vor allem Hundehalterinnen und -halter von kleineren Hunde an, dass für kleinere Hunde ein größeres Risiko der Nutzung entsteht, da die großen Hunde häufig „zu wild“ seien und von den anderen Hundehalterinnen und -haltern kaum bis keine Rücksicht genommen werde. Hier wurde auch die Idee von Buchungen einzelner Zeitfenster für Einzelpersonen bzw. Gruppen geäußert.

Ebenfalls merkten knapp fünf Prozent der Befragten an, dass es an den Hundewiesen zum einen mehr Mülleimer bräuchte und zum anderen diese auch häufiger geleert werden müssten. Letzteres vor allem im Zusammenhang mit zunehmender Geruchsentwicklung aufgrund der Entsorgung von Hundekotbeuteln. Es steht zu vermuten, dass dieses Problem in den Sommermonaten größer als in den Wintermonaten ist. Im Zuge dessen wünschten sich auch knapp vier Prozent der Befragten das vermehrte Vorhandensein von Kotbeutel Spendern und Hinweisschildern, um die Hundewiesen sauber zu halten. Hinweise zum Umgang mit dem Hundekot auf der Fläche könnten mit allgemeinen Verhaltensregeln kombiniert werden.

Für die Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg wurde explizit die vorhandene Konfliktsituation mit Fahrradfahrenden und anderen Personengruppen angesprochen. Als mögliche Lösungsmöglichkeiten baten die Befragten um die Aufstellung von Hinweisschildern für Radfahrende bzw. ein generelles Radfahrverbot über die Hundewiese. Des Weiteren wurde auch eine Verbesserung der Beleuchtung, vor allem im Winter aufgrund des verminderten Tageslichtes, als eine Möglichkeit zur Erhöhung der Attraktivität der Hundewiesen genannt. Einige der Befragten fanden auch, dass durch das Vorhandensein von Unterständen/Überdachungen die Attraktivität der Hundewiesen verbessert werden könnte. Dies

wurde vor allem in Bezug auf Niederschlag und als Sonnenschutz genannt. Vereinzelt wurden sich auch das Vorhandensein einer öffentlichen Toilette sowie Gastronomie gewünscht (< 1 %).

Wie könnten die Hundewiesen attraktiver gestaltet werden?



Prozentualer Anteil an Antworten in Bezug auf die Stichprobe (n=904) [%]

Abb. 17: Prozentualer Verteilung der gewünschten Möglichkeiten zur Erhöhung der Attraktivität der Hundewiesen (n = 904).

Mehr als 85 % sprachen sich in der Evaluation für mehr Hundewiesen in Braunschweig aus (Abb. 18). Lediglich 3,7 % der Befragten möchten keine weiteren Hundewiesen. Knapp jede zehnte Person war unschlüssig. Auch aus den Stadtbezirksräten und aus der Bevölkerung wird der Wunsch nach Ausweisung von weiteren Hundewiesen geäußert.

Sollten weitere Hundewiesen in Braunschweig eingerichtet werden (n=904) ?

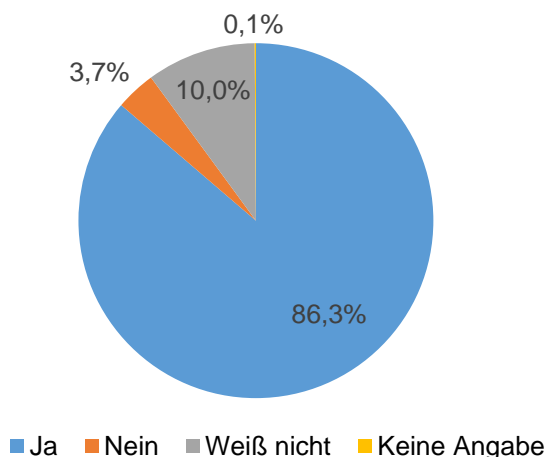


Abb. 18: Prozentualer Verteilung über den Wunsch nach der Errichtung neuer Hundewiesen in Braunschweig (n = 904).

In der folgenden Frage konnten die Befragten bis zu drei Ortsteile vorschlagen, an denen ihrer Meinung nach potentielle neue Hundewiesen errichtet werden sollten. Jede siebte Person nannte hierbei die Innenstadt als Standort für eine neue Hundewiese (Abb. 19). Mehr als acht Prozent der Befragten würden sich eine Hundewiese im Stadtteil Heidberg wünschen. Generell wird ersichtlich, dass die Befragten sich an vielen Bereichen der Stadt Hundewiesen vorstellen könnten. So weisen nach dem Standort Innenstadt und Heidberg elf weitere Standorte einen Anteil von mehr als fünf Prozent aus.

Wenn die Stadt Braunschweig sich entschließen würde, weitere Hundewiesen einzurichten, wo würden Sie sich diese wünschen?

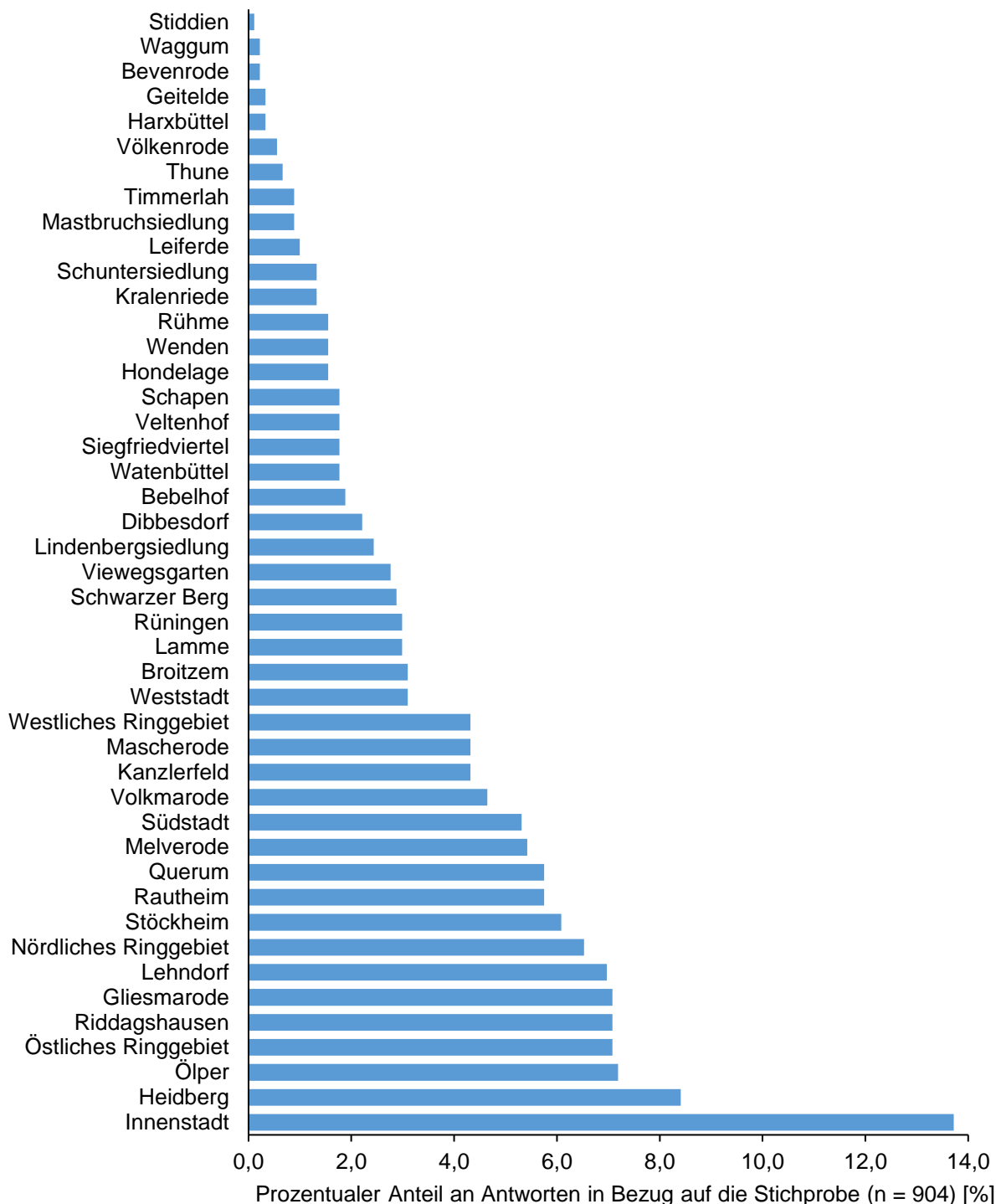


Abb. 19: Prozentualer Verteilung der gewünschten Standorte potentieller neuer Hundewiesen (n = 904) [%].

Der Großteil der Menschen, die die Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg besucht haben, wohnen im dicht besiedelten Östlichen Ringgebiet (> 30 %) (Abb. 20). Am zweithäufigsten wurde die Hundewiese von Menschen mit einem Wohnort außerhalb von Braunschweig besucht (< 10 %). Auch Menschen aus der Innenstadt oder dem Westlichen Ringgebiet nutzten die Hundewiese. Dies lässt sich vermutlich durch die relative Nähe dieser Stadtteile an den Standort der Hundewiese erklären, wodurch die Anfahrt vermutlich relativ einfach und kurz ist. Vereinzelt wurde die Hundewiese auch von Menschen aus weiter entfernten Stadtteilen genutzt (< 5 %), was zeigt, dass es sich um eine überbezirkliche Parkanlage mit großem Einzugsgebiet handelt.

Von wo wird die Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg besucht?

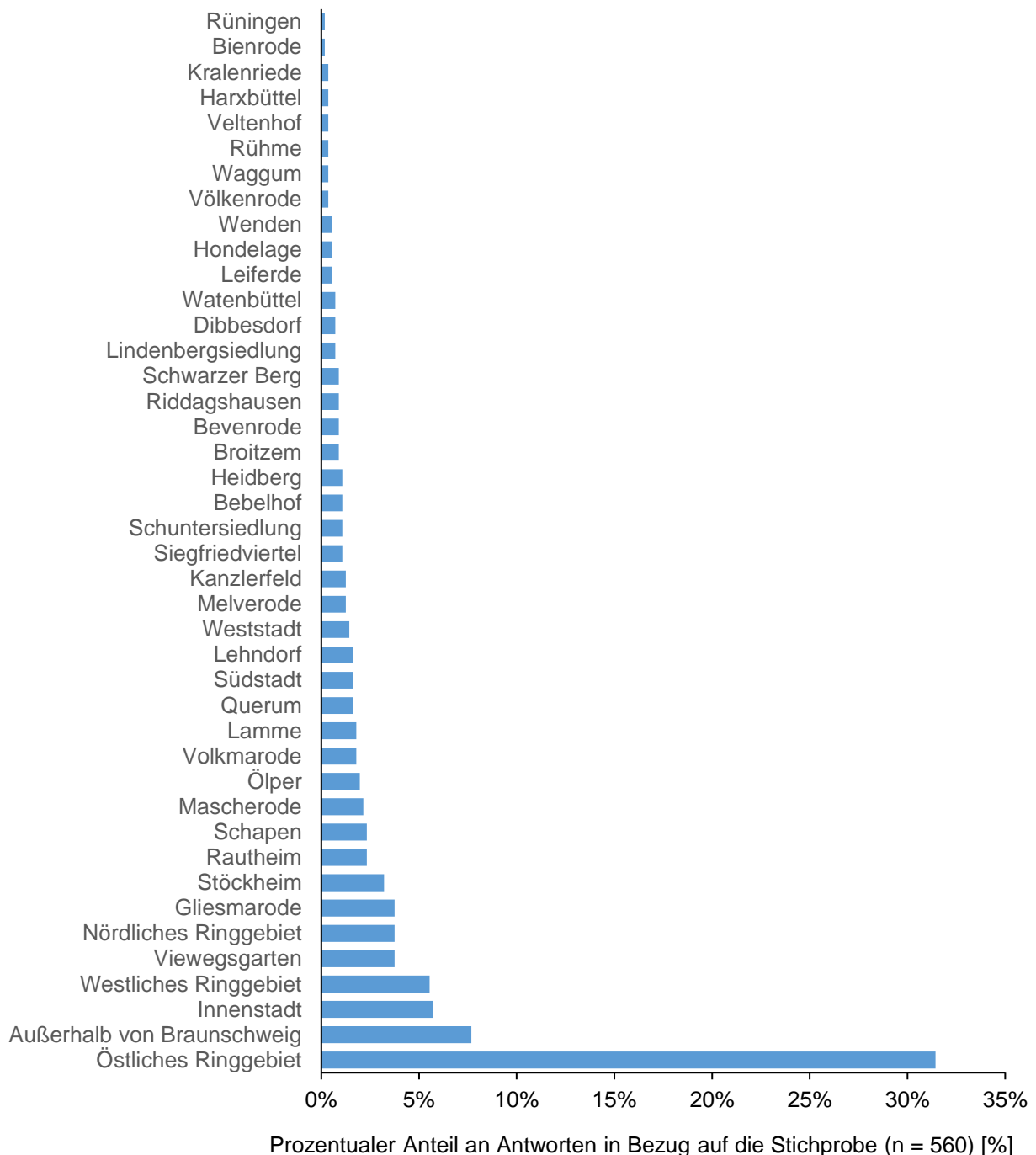


Abb. 20: Prozentualer Verteilung von welchem Wohnort aus die Hundewiese Franzisches Feld/Nußberg besucht wird (n = 560) [%].

Die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg wird überwiegend von Menschen aus dem Westlichen Ringgebiet besucht (> 20 %) (Abb. 21). Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich die Hundewiese innerhalb dieses Stadtteils befindet. Am zweithäufigsten wird die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg von Menschen aus der Innenstadt oder dem Östlichen Ringgebiet genutzt.

Von wo wird die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg besucht?

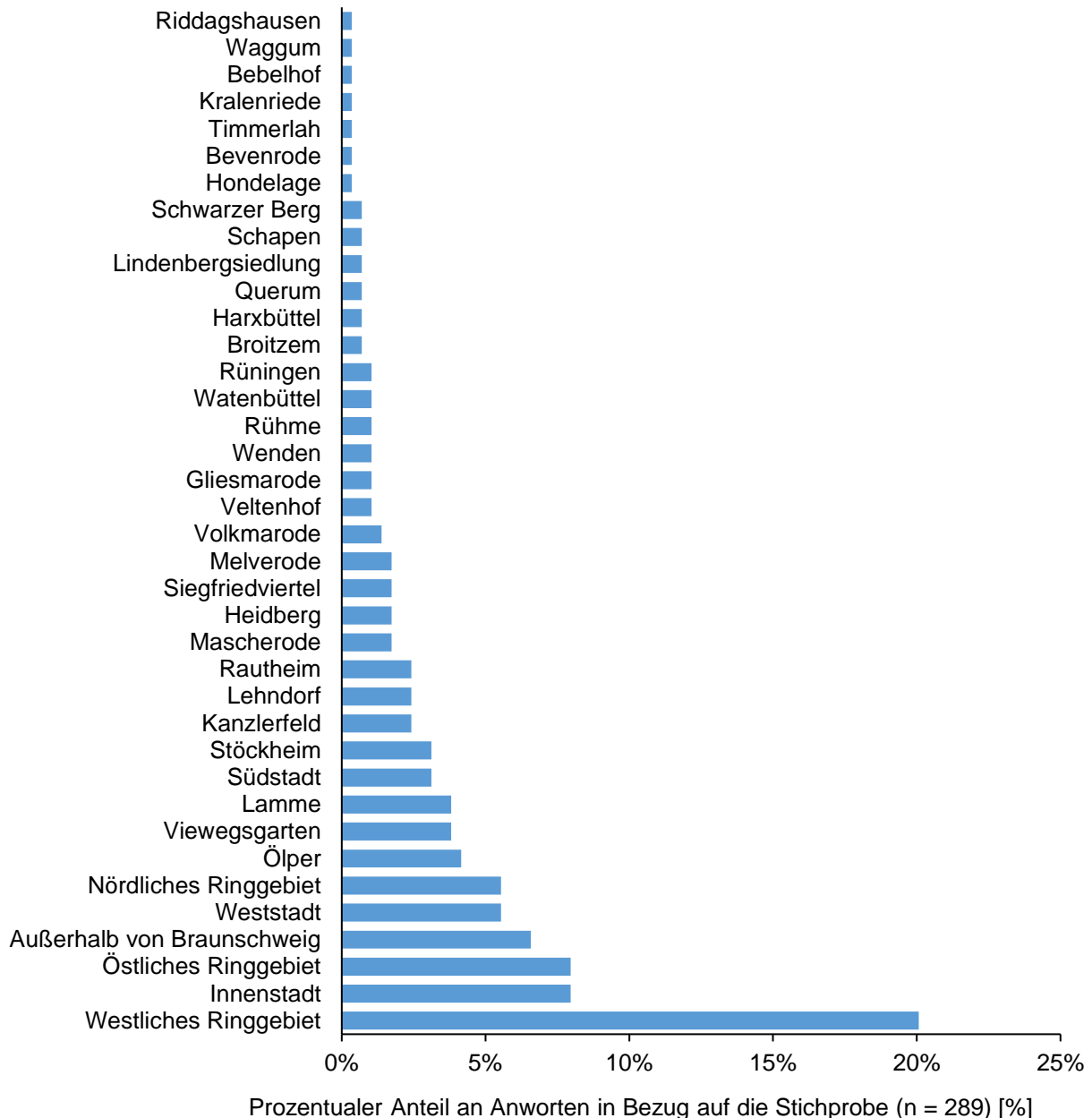


Abb. 21: Prozentualer Verteilung von welchem Wohnort aus die Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg besucht wird (n = 289) [%].

Die Hundewiese Im großen Moore/Bienrode wurde am häufigsten von Menschen aus dem Östlichen Ringgebiet besucht (> 10 %) (Abb. 22). Im Vergleich zu den anderen beiden Hundewiesen sticht kein bestimmter Wohnort besonders heraus, sondern die Hundewiese wurde von einer Vielzahl von Menschen mit unterschiedliche Wohnorten genutzt. Dementsprechend war kein eindeutiger Trend sichtbar. Im Gegensatz zu den anderen beiden Hundewiesen war der Stadtteil, in dem sich die Hundewiese befindet (Bienrode), nicht der meistgenannte Wohnort von

dem aus die Hundewiese besucht wurde. Dies könnte zum einem daran liegen, dass unter den Befragten generell nur ein geringer Anteil aus Bienrode stammt und zum anderen der überwiegende Anteil der Befragten in den Stadtteilen Westliches und Östliches Ringgebiet, sowie der Innenstadt oder außerhalb Braunschweigs ansässig ist.

Von wo wird die Hundewiese im großen Moore/Bienrode besucht ?

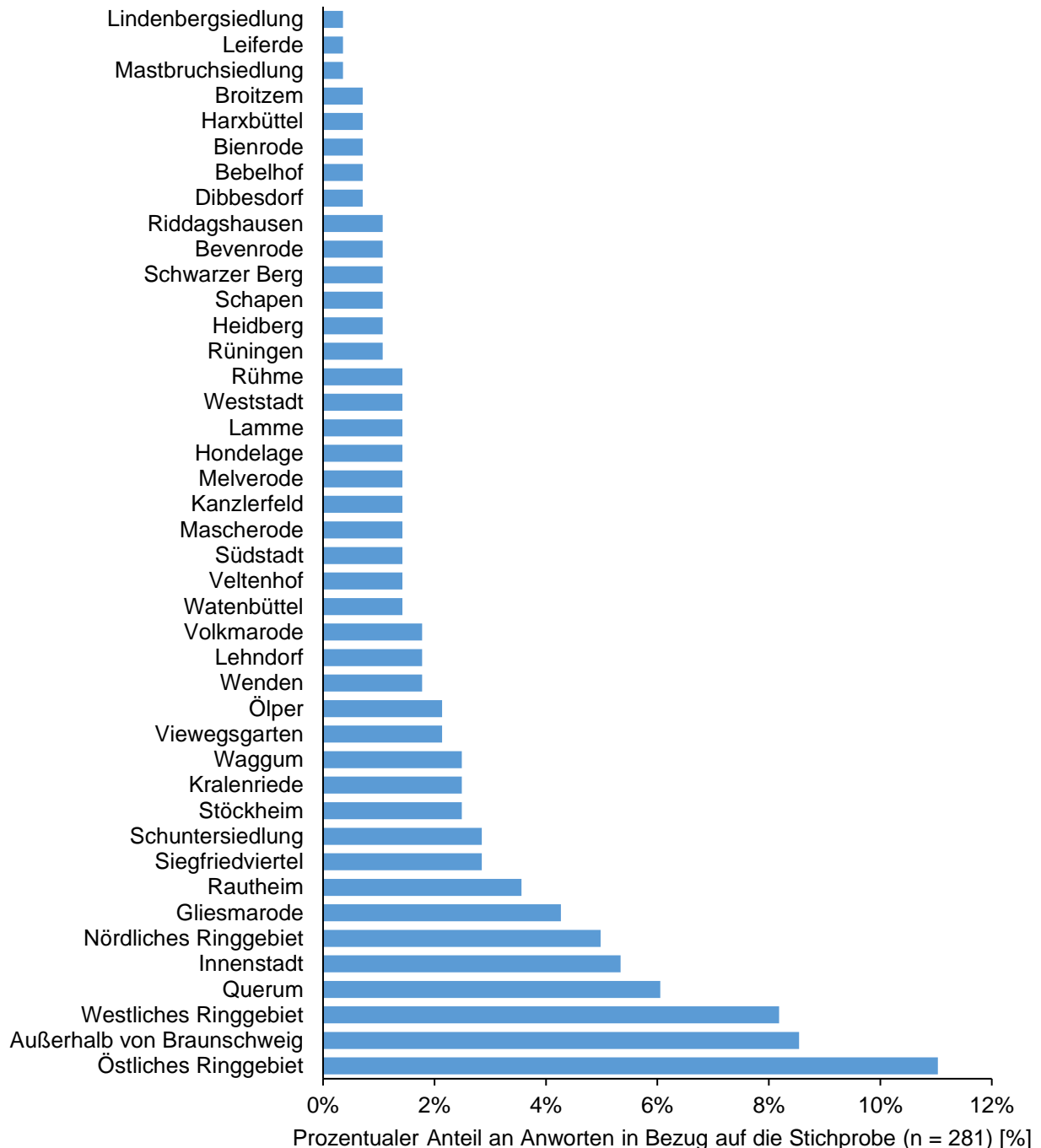


Abb. 22:Prozentualer Verteilung von welchem Wohnort aus die Hundewiese im großen Moore/Bienrode besucht wird (n = 281) [%].

Qualitative Auswertung – erste Eindrücke aus den offenen Textfragen

Im letzten Teil der Evaluation konnten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig direktes Feedback geben. Im qualitativen Teil (offene Textfrage) konnte allerdings detaillierter auf besondere Probleme und Fragen eingegangen werden. Die genannten Anmerkungen decken sich daher teilweise mit den Antworten aus den geschlossenen Fragen.

Es wurde vor allem der Wunsch nach weiteren und größeren Flächen als Hundewiesen geäußert. So wünschen sich die Befragten mehr Hundewiesen in unterschiedlichen Stadtteilen, sodass das Angebot mehr Hundehalterinnen und -halter zur Verfügung steht, die Anfahrtswege verringert und die einzelnen Hundewiesen entlastet werden. Viele der Befragten schilderten, dass die jetzigen Hundewiesen teilweise überfüllt seien und eine angemessene Nutzung nur schwierig möglich sei. Für potentielle neue Hundewiesen würden sich die Befragten über größere Flächen und landschaftlich unterschiedliche gestaltete Flächen freuen z. B. mit einem Waldstück oder einer Badestelle (insbesondere für die Sommermonate). Es wurde auch der Wunsch nach mehr eingezäunter Fläche, aber auch nach Möglichkeiten zum Freilaufen ohne Einzäunung im gesamten Stadtgebiet, geäußert. Vereinzelt wurde auch die Möglichkeit einer Indoor-Hundewiese für die Wintermonate vorgeschlagen (z. B. in einer alten Fabrikhalle). Mehrfach wurde auch der Vorschlag von abgetrennten Bereichen innerhalb der Hundewiese – gerade von Hundehalterinnen und -haltern kleinerer Hunde – genannt. Kleinere Hunde können aufgrund der Vielzahl an großen Hunden auf den jetzigen Hundewiesen nur eingeschränkt spielen bzw. es besteht ein gewisses Verletzungsrisiko wegen der unterschiedlichen körperlichen Bedingungen. Abgetrennte Bereiche wurden auch von Hundehalterinnen und -haltern mit weniger sozialen Hunden genannt, um den Hund nicht zu überfordern oder gezielt üben zu können. In diesem Rahmen wurde auch die Möglichkeit der Buchung von Zeitfenstern in einem bestimmten Zeitraum vorgeschlagen. Allerdings sollte im Hinblick auf diese Vorschläge betont werden, dass eine Hundefreilauffläche keinen Hundetrainingsplatz darstellt oder ersetzt. Viele der Befragten würden sich über Hinweisschilder mit Verhaltensregeln freuen. Es wurden Vorfälle geschildert, bei denen keine Rücksicht untereinander genommen oder der fremde Hund unbeaufsichtigt gelassen wurde. So kam es auch bereits zu mehreren Beißvorfällen. Es wurde auch das Aufstellen von Informationstafeln zur Körpersprache von Hunden vorgeschlagen, um die Hundehalterinnen und -halter zu sensibilisieren und das Risiko von Beißvorfällen zu minimieren. Des Weiteren wurde sich generell eine Übersicht über die Hundewiesen gewünscht (Standort, Anfahrtsmöglichkeiten, Ausstattung etc.).

In Bezug auf die Ausstattung im Allgemeinen wurde auch eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht. Vor allem das Vorhandensein von Schatten, Sitzmöglichkeiten sowie Trink- und Abkühlungsmöglichkeiten für die Hunde wurde genannt. Generell wurde sich eine Aufwertung der Hundewiesen durch unterschiedliche Landschaftsstrukturen gewünscht. Auch das Aufstellen von Parcourselementen wurde als mögliche Verbesserung erwähnt.

Des Weiteren wurde häufig die jetzige Instandhaltung der Hundewiesen bemängelt. So würden sich die Befragten über die schnellere Ausbesserung der Schäden an Zäunen und Toren freuen. Häufig wurde auch die Vielzahl an vorhandenen Löchern in den Wiesen genannt, die ein erhöhtes Verletzungsrisiko für Mensch und Tier darstellen. Die Befragten würden sich über eine häufigere Ausbesserung der Löcher freuen und häufigere Kontrollen bevorzugen. Hier ist anzumerken, dass das Beschädigen und Verändern der Grünanlagen generell nicht gestattet ist. In diesem Fall bedeutet dies, dass Hundehalterinnen und -halter verpflichtet sind, das Buddeln ihrer Hunde zu unterbinden.

In Bezug auf die häufig matschige Hundewiese Madamenweg/Dorntriftweg wurde sich eine Verbesserung der Situation z. B. durch eine Entwässerung gewünscht.

Für die Abendstunden bzw. die Wintermonate wurden sich ausreichende Beleuchtung der Hundewiesen erbeten.

Für die Hundewiese Franzsches Feld/Nußberg wurde viel Unverständnis über die vermeintliche Verkleinerung der Hundewiese (Wegfall des Kessels) durch das Aufstellen der neuen Schilder geäußert. Viele der Befragten forderten die Rücknahme dieser Verkleinerung bzw. würde auch gerne über die Ursache der Verkleinerung aufgeklärt werden bzw. wünschen sich eine bessere Kommunikation der Stadtverwaltung. Des Weiteren wurde sich über die fehlende versprochene Ausgleichsfläche aufgrund der Neuerrichtung des Bolzplatzes beklagt. Die jetzige Konfliktsituation mit Radfahrenden wurde bemängelt, welche die Hundewiese gerne als Abkürzung nutzen. Als mögliche Lösungsvorschläge wurde zum einen die Einzäunung der Hundewiese genannt, zum anderen das Aufstellen von Schildern mit einem Radfahrverbot bzw. Sensibilisierung/Aufklärung durch die Stadtverwaltung. Generell würden sich einige der Befragten über die Einzäunung der Hundewiese Franzsches Feld/Nußberg freuen, um ihre Hunde sicher laufen und spielen lassen zu können.

Für die Hundewiesen im Allgemeinen und die Hundewiese Franzsches Feld/Nußberg im Besonderen wurde ein häufigeres Mähen gefordert. So schilderten die Befragten, dass das hohe Gras eine Gefahr für die Hunde aufgrund der erhöhten Anzahl von Grannen sei, wodurch Hundehalterinnen und -halter gerade von kleineren Hunden, die ungemähten Flächen meiden. Ebenfalls wurde auf das Allergiepotential hingewiesen.

Des Weiteren wurde eine Verbesserung der Mülleimersituation an allen Hundewiesen gefordert. So wünschten sich die Befragten mehr Mülleimer, aber auch eine häufigere bzw. regelmäßige Leerung, da diese schnell voll seien und gerade in den Sommermonaten aufgrund der Vielzahl an Kotbeuteln unangenehm riechen.

Leider schilderten einige Befragten Giftködervorfälle auf den Hundewiesen und forderten eine häufigere Kontrolle durch die Stadt. Insgesamt sahen die Befragten noch viel Verbesserungspotential. Viele waren aber auch dankbar, dass es überhaupt das Angebot von Hundewiesen in der Stadt gibt und die Möglichkeit besteht, über die Evaluation ein persönliches Feedback geben zu können, um die Hundewiesen zukünftig noch besser und sicherer für alle Beteiligten zu gestalten.

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

TOP 4.1
24-24723
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum
Waldschutz in Braunschweig**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.11.2024

Beratungsfolge:

		Status
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das im Sachverhalt beschriebene Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“ umzusetzen.

Sachverhalt:

Zum Zustand des Waldes

Am 8. Oktober 2024 wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) die Bundeswaldinventur zum Zustand und Umfang der deutschen Wälder vorgestellt. Die Untersuchung lieferte unter anderem Informationen zu Wuchs und Schäden an Bäumen sowie den Anteilen der Baumarten.

Das Ergebnis der Inventur ist erschreckend: Demnach ist in Deutschland aktuell nur einer von fünf Bäumen gesund. Dazu schlägt das BMEL zur Kohlenstoffspeicherung und Klimabilanz Alarm: „Der Wald ist erstmals seit Jahrzehnten zur Kohlenstoffquelle geworden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit dringend erforderlicher Maßnahmen zur Anpassung und Wiederherstellung der Wälder, um ihre Rolle als Klimaschützer wieder langfristig zu stärken“ (<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/108-bundeswaldinventur.html>).

Als Folge aus dieser Analyse fordern Experten wie der NABU im Kern zwei Dinge (<https://www.nabu.de/news/2024/10/bundeswaldinventur.html>):

- „ein Umdenken bei der Bewirtschaftung“ unserer Wälder und
- „einen klimagerechten Waldumbau“, weg von den Monokulturen und hin zu vielfältigen, gemischten Laubwäldern. Denn diese sind widerstandsfähiger gegen Wetterextreme und Schädlingsbefall, bleiben so länger erhalten und stärken den CO₂-Kreislauf.

Um beides zu erreichen, braucht es Zeit und im Zweifel gesetzliche oder regulatorische Vorgaben, damit sich die Wälder auf eine natürliche Art und Weise nachhaltig entwickeln und eine Resilienz aufbauen können.

Aus Sicht der Stadt Braunschweig bietet es sich daher an, ein Pilotprojekt zu initiieren und damit zu zeigen, dass wir auch in der Kommune die Erkenntnisse aus der Bundeswaldinventur ernst nehmen und bereit sind, zum Schutz unserer Wälder und damit des Klimas zu handeln: durch das Schaffen eines Naturwalds im Querumer Forst.

Hintergrund

Der Querumer Forst befindet sich aktuell im Eigentum der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) und wird forstwirtschaftlich dauerhaft genutzt (Holzeinschlag, Verjüngungsmaßnahmen).

Laut Vorlage 23-22368 besteht ein Vertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der SBK, wonach seit Januar 2014 kontinuierlich Flächen im Wert von jährlich 4.000 Euro zzgl. Mehrwertsteuer (als Kompensation an die SBK) durch die Stadt Braunschweig aus der dauerhaften Nutzung herausgekauft werden. Zielmarke ist eine Gesamtfläche von 37,1 ha.

Die herausgekauften Flächen werden durch entsprechende Eintragungen im Grundbuch und in den Forsteinrichtungswerken dauerhaft geschützt, aus einem Wirtschaftswald wird ein „Wald mit Vorrang für Prozessschutz“: Teilweise jahrhundertealte Eichen können dauerhaft erhalten werden, die biologische Vielfalt wird gestärkt, und alle vom NABU geforderten Maßnahmen als Folge der Bundeswaldinventur werden erfüllt. Es entsteht ein durch natürliche Entwicklung durchmischter und klimaresistenter Naturwald, der dauerhaft CO₂ umwandeln und Kohlenstoff binden kann, der zudem eine große Artenvielfalt beherbergt und der den Menschen noch dazu als wunderschönes Naherholungsgebiet dienen kann.

Mit Stand 13. Oktober 2023 wurden bisher 12,03 ha aus der Nutzung dauerhaft herausgekauft. Etwa 25 ha werden also aktuell noch wirtschaftlich genutzt und sind damit potenziell ungeschützt.

Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“

Mit dem Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“ soll der Herauskauf dieser Flächen und damit die In-Schutz-Stellung des Querumer Forsts signifikant beschleunigt werden. Durch die Koppelung der herauszukaufenden Fläche an die Geburtenzahlen der Stadt Braunschweig entsteht für die Bürgerinnen und Bürger zudem eine emotionale Verbindung zu dem Pilotprojekt, die außerdem Raum für eine Sensibilisierung zu den Themen Wald- und Klimaschutz bietet. Eine entsprechende begleitende Öffentlichkeitsarbeit ist daher dringend gewünscht.

Als konkrete Schritte werden vorgesehen:

1. Pro neugeborenem Kind in der Stadt Braunschweig werden vom 1. Januar 2025 an jeweils weitere 10 m² der noch verbliebenen 25 ha Fläche des Querumer Forsts durch die Stadt Braunschweig von der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) aus ihrer dauerhaften Nutzung abgelöst. Zielmarke ist eine Gesamtfläche von 37,1 ha.
2. Die Sicherung des dauerhaften Bewirtschaftungsverzichtes erfolgt zum Vertragsende durch entsprechende Eintragung sowohl im Grundbuch als auch in den Forsteinrichtungswerken, wie in Drucksache 23-22368 bereits mitgeteilt wurde.
3. Begleitend plant die Verwaltung eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Pilotprojekt, z. B. in Form von Hinweistafeln zum Pilotprojekt direkt im Querumer Forst, und zur Bedeutung des Waldschutzes für den Klimaschutz allgemein.
4. Es ist zu prüfen, wie nach vollständiger Ablösung der hier genannten Flächen eine Fortführung des Projektes zur Naturwaldentwicklung unter Einbeziehung weiterer SBK-Flächen im Braunschweiger Stadtgebiet erfolgen kann.

Finanzierung

Die für die Umsetzung des Pilotprojekts „Der Querumer Forst als Naturwald“ erforderlichen Mittel werden zum Doppelhaushalt 2025/2026 von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt.

Anlagen:

keine

Betreff:

**Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für
regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:

20.11.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

- "1. Die Förderrichtlinien „Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung" (Anlage 1), "Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand" (Anlage 2) und "Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand" (Anlage 3) des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen werden in der jeweils vorliegenden Fassung beschlossen.
2. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft an einer Umfrage zur Zufriedenheit im Förderprozess wird ein Betrag in Höhe von 300 Euro aus dem Fördertopf bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen ohne erneute Gremienbeteiligung vorzunehmen."

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG.

Sachverhalt:

Mit dem Förderprogramm für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen unterstützt die Stadt Braunschweig seit 2012 die Reduktion lokaler Treibhausgasemissionen durch den Umstieg privater Haushalte auf regenerative Energien. Das Förderprogramm stellt eine etablierte und erfolgreiche Maßnahme im kommunalen Klimaschutz dar und erfreut sich hoher Nachfrage unter den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Zudem leistet es einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung im Bereich regenerativer Energien.

Zusammenfassung des Förderjahres 2024

Bis zum 15. November 2024 wurden insgesamt 934 Anträge eingereicht und Fördermittel in Höhe von über 600.000 Euro beantragt. Durch zurückgezogene und abgelehnte Anträge sind zum aktuellen Zeitpunkt ca. 470.000 Euro an Fördermitteln ausgeschöpft. Ein Großteil der Anträge entfiel auf steckerfertige PV-Anlagen (602 Anträge), von denen 15

Antragstellende den Bonus für die Sozialkomponente in Anspruch nahmen. Dadurch wurden für steckerfertige PV-Anlagen, einschließlich Bonus, über 120.000 Euro gebunden.

Erfreulich ist der Anstieg bei Mieterstromprojekten: 24 Haushalte können mit einer Leistung von 77 kWp gefördert werden, was einer beantragten Fördersumme von ca. 23.000 Euro entspricht. Der Ausbau von 33 kWp vertikale PV-Anlagen wird bei vier Antragstellenden mit bis zu 7.000 Euro unterstützt.

Für den Bereich der regenerativen Wärme wurden etwa 165.000 Euro beantragt, die sich folgendermaßen zusammensetzen: 1 Antrag für Solarthermieranlagen, 14 Anträge für Brauchwasserwärmepumpen, 5 Erdreichwärmepumpen und 101 Luft/Wasser Wärmepumpen. Einen Bonus für ein besonders klimafreundliches Kältemittel gibt es bei 72 Antragstellenden.

Der Förderbereich für Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle ist mit ca. 130.000 Euro belegt (60 Anträge) sowie mit 6 Anträgen auf Sanierung auf ein Energieeffizienzhaus-Niveau, die etwa 18.000 Euro entsprechen.

Die Gesamtinvestitionssumme beläuft sich auf über 12 Mio. Euro, was einer Steigerung von mehr als 4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Unter Berücksichtigung veränderter rechtlicher und technischer Rahmenbedingungen sowie zur Erweiterung des Förderspektrums schlägt die Verwaltung eine erneute Anpassung der Förderrichtlinien für das Jahr 2025 vor.

Folgende Änderungen sind beabsichtigt:

Schaltung einer anonymen Umfrage

Zur Förderung der Teilnahmebereitschaft an einer anonymen Umfrage zum Förderprozess wird ein Betrag in Höhe von 300 Euro in Form von Stadt-Gutscheinen zu je 15 Euro gebunden. Die Gutscheine werden im Rahmen einer Verlosung unter allen Teilnehmenden vergeben. Die Umfrage erhebt Daten zur Zufriedenheit im Förderprozess, Hintergrundinformationen wie Eigentums- oder Mietverhältnisse der Antragstellenden sowie deren Bruttojahreseinkommen. Ziel ist es, die Erkenntnisse zur Optimierung des Förderprogramms und zur Verbesserung interner Abläufe zu nutzen.

Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung

Die Förderung von steckerfertigen PV-Anlagen bleibt weiterhin bei 200 Euro, die installierte Peakleistung der PV-Module wird im zukünftigen Förderjahr jedoch auf maximal 960 Watt begrenzt. Dies wird damit begründet, dass im Frühjahr 2025 mit der Veröffentlichung der DIN VDE V 0126-95 gerechnet wird und diese voraussichtlich eine Begrenzung der Peakleistung der PV-Module auf 960 Watt vorsieht.

Der Förderschwerpunkt „Mieterstrom“ wird folgendermaßen umstrukturiert: Zukünftig wird die Förderung unter dem Namen „Gemeinschaftliche Solarstromprojekte“ zusammengefasst. Dadurch werden die gesetzlichen Änderungen berücksichtigt, welche sich aus dem „Solarpaket I“ ergeben. Somit sind zukünftig auch eine „gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“ und die „kollektive Selbstversorgung (Einzählermodell)“ förderfähig. Die Fördersumme für diesen Förderschwerpunkt wird im Rahmen einer zu erwartenden steigenden Nachfrage auf 4.000 Euro reduziert.

Daraus folgt zudem, dass aus dem Titel der Richtlinie 1 zukünftig der Begriff „Mieterstrom“ gestrichen wird. Die Richtlinie 1 heißt nun „Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung“

Alle weiteren Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung“

bleiben in der bisherigen Form erhalten.

Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand

Aufgrund einer zuletzt sehr geringen Nachfrage der Förderung für Solarthermieranlagen, soll dieser Förderschwerpunkt gestrichen werden.

Dafür wird die Aufnahme einer Luft/Luft Wärmepumpe als Förderinhalt i. H. v. 500 Euro vorgeschlagen. Dies ist damit zu begründen, dass Luft/Luft Wärmepumpen eine kostengünstige Alternative zu Gasetagenheizungen darstellen, wodurch eine bestehende Lücke bzgl. alternativer Infrastrukturen in der Wärmewende geschlossen werden kann. Luft/Luft Wärmepumpen bieten zwar nicht den gleichen Komfort wie wasserführende Heizsysteme, sind jedoch vergleichbar effizient wie Luft/Wasser Wärmepumpen und können beispielsweise auch in zukünftigen Fernwärmegebieten als treibhausgasneutrale Übergangslösung genutzt werden. Zudem ist der Doppelnutzen von Luft/Luft Wärmepumpen hervorzuheben, die vergleichbar wie wasserführende Wärmepumpen für eine Regulierung der Wohnraumtemperatur auch in Hitzeperioden nutzbar gemacht werden können. Da aufgrund des fortschreitenden Klimawandels mit einer Zunahme extremer Hitzeereignisse in Braunschweig zu rechnen ist und die Hitzebelastung der Bevölkerung in verdichteten, stark versiegelten Stadtbereichen noch verstärkt wird (vgl. Urbaner Wärmeinseleffekt), ist dieser Beitrag zur Minderung des Hitzestresses bei sommerlicher Überwärmung auch ein sinnvoller Beitrag zur Klimafolgenanpassung.

Alle weiteren Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand“ bleiben in der bisherigen Form erhalten.

Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

Die Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand“ bleiben in der bisherigen Form erhalten.

In der Anlage sind die aktualisierten Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen beigelegt.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1 Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung

Anlage 2 Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand

Anlage 3 Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Solarstromnutzung und der erleichterte Zugang zu erneuerbaren Energien. Mit der Förderung soll der Anteil an Solarenergie im Stadtgebiet Braunschweig erhöht werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Eine Doppelförderung ist, bis auf folgende Ausnahmen, grundsätzlich ausgeschlossen:

- Die Nutzung passender Kredite und Zuschüsse im Rahmen von Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder vergleichbare Produkte anderer Kreditinstitute (bspw. N-Bank).
- Die Inanspruchnahme der Einspeisevergütung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).
- Die Kombination mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG).

4. Was wird gefördert?

a) **Steckerfertige-PV-Anlagen** (Stecker-PV), die den folgenden Anforderungen entsprechen:

- Der Strom wird aus der steckerfertigen PV-Anlage („Stecker-PV“) erzeugt.
- Die Mindestausgangsleistung von 350 Voltampere (VA) oder 0,35 Kilovoltampere (kVA) und **die maximale Ausgangsleistung des Wechselrichters (Nennausgangsscheinleistung VA) von 800 VA oder 0,8 kVA** (entsprechend der aktuell gültigen Fassung des EEG) wird eingehalten.
- Die installierte Peakleistung der PV-Module beträgt zusammen maximal 960 Watt (dies entspricht zwei Standard-Modulen).

Folgende Bedingungen müssen hierbei eingehalten werden:

- Die Anlage ist im Marktstammdatenregister zu registrieren.
- Es handelt sich um eine fest montierte Stecker-PV-Anlage.
- Jeder teilnehmende Haushalt ist automatisch Betreiber der Anlage und für die sachgerechte Installation zuständig.
- Es gibt keine bereits bestehende PV-Anlage auf oder an der Liegenschaft. Stecker-PV-Anlagen anderer Betreiber/-innen bzw. Wohngemeinschaften sind zulässig.
- Die Zustimmung des Vermieters/der Vermieterin oder ggf. der Hauseigentümergemeinschaft liegt vor.
- Es sind außerdem die etwaigen Vorgaben von BSINETZ einzuhalten.

Bonus für steckerfertige PV-Anlagen

Bei Antragstellenden, die nachweislich zum Zeitpunkt der Antragstellung zum Bezug der nachfolgenden Leistungen berechtigt sind, erhöht sich die Förderung der steckerfertigen PV-Anlagen.

- Bürgergeld gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Bürgergeld in der aktuellen Fassung.
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß SGB Zwölftes Buch (XII), Sozialhilfe in der aktuellen Fassung.

- Wohngeld in Form eines Zuschusses zur Miete (Mietzuschuss) oder zur Belastung (Lastenzuschuss) für den selbst genutzten Wohnraum gemäß Wohngeldgesetz in der aktuellen Fassung.
 - BAföG gemäß Bundesausbildungsförderungsgesetz.
- b) Vertikale PV-Anlagen** (Stromerzeugende Fassade und Zäune) an Hauswänden und Zäunen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Eine Neigung von 70 Grad darf nicht unterschritten werden.
 - Die installierte Leistung der vertikalen PV-Module beträgt 3 bis 20 kWp.
- c) Gemeinschaftliche Solarstromprojekte:** Mieterstrom; Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung; Kollektive Selbstversorgung (Einzählermodell)
- Der Strom wird aus einer PV-Anlage erzeugt.
 - Am gemeinschaftlichen Solarstromprojekt sind mindestens drei Wohneinheiten beteiligt.
 - Die PV-Anlage hat mindestens eine installierte Peak-Leistung von 10 kW.
 - Volleinspeisungen und Leasingmodelle werden **nicht** gefördert.
 - Alle geltenden bundes- und landesrechtlichen Regelungen werden eingehalten.
- d) Die Weiterbildung zur Fachkraft Photovoltaik (DGS/VDE)**
- Fördervoraussetzung ist das erfolgreiche Bestehen einer schriftlichen Abschlussprüfung.
 - Als Nachweis dient das Zertifikat: Fachkraft für Photovoltaik (VDE/DGS).
 - Antragsberechtigt sind in Braunschweig wohnhafte Privatpersonen oder Unternehmen mit Sitz in Braunschweig.
 - Erstattet wird ein Teil der Kursgebühren, welche die teilnehmende Person oder der jeweilige Betrieb selbst bezahlen muss.

Grundsätzlich **nicht** förderfähig sind:

- Überwiegend aus gebrauchten Teilen bestehende PV-Anlagen,
- Prototype,
- Mobile PV-Anlagen,
- Anlagen von Leasingsystemen,
- Installationen, die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben sind.

5. Art und Höhe der Förderung

Die finanzielle Förderung wird als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss zu den Gesamtkosten gewährt. Die Gesamtkosten setzen sich aus den Anschaffungskosten sowie Installations- und Anschlusskosten bzw. bei Weiterbildungen der Kursgebühr zusammen.

Steckerfertige PV-Anlagen, Stromerzeugende Fassaden/Zäune, Gemeinschaftliche Solarstromprojekte und Weiterbildungen werden folgendermaßen gefördert:

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Steckerfertige PV-Anlagen (0,35 – 0,8 kVA)	200 €
Bonus für Steckerfertige PV-Anlagen bei Bezug von Wohngeld, Bürgergeld, Grundsicherung oder BAföG	150 €
Stromerzeugende Fassade/Zäune (vertikale PV-Anlage, 3 - 20 kWp)	200 € je kWp
Gemeinschaftliche Solarstromprojekte (mind. 10 kWp)	4.000 € je Liegenschaft
Weiterbildung zur Fachkraft Photovoltaik (DGS/VDE)	50 % der Kursgebühren, maximal 1.000 €

Ist die Anlagenleistung im Verwendungsnachweis höher als die geplante Anlagenleistung bei Antragstellung, so gelten die Angaben im Antrag als Maßgabe für die Berechnung und Festsetzung der Förderhöhe.

Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben oder Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden, die im Jahr der Antragstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort und bei steckerfertigen PV-Anlagen der Kauf der Anlage. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben und Weiterbildungen können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Anlage auf Grund von nachzuweisenden Lieferschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr der Förderung nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Kann die Betriebsbereitschaft eines gemeinschaftlichen Solarstromprojektes nicht bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres nachgewiesen werden, ist eine verbindliche Realisierungsabsicht aller Vertragsparteien nachzuweisen. Die Stadt Braunschweig wird einzelfallbezogen über eine Förderung entscheiden.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 5 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltsmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer/-innen, Pächter/-innen oder Mieter/-innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter/-innen oder Mieter/-innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers/-in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben. Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen. Bezüglich Weiterbildungsmaßnahmen sind in Braunschweig wohnhafte Privatpersonen oder Unternehmen mit Sitz in Braunschweig antragsberechtigt.

Für den Antrag eines gemeinschaftlichen Solarstromprojektes, einer vertikalen PV-Anlage oder Weiterbildung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 16 Wochen nachzureichen. Bei Antragstellung einer steckerfertigen PV-Anlage sind die Unterlagen erst nach Beendigung der Maßnahme einzureichen (s. hierzu Ziffer 8 dieser Richtlinie).

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 16 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller/-in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung aller Maßnahmen sind die Kopien der Originalrechnungen der Anlage bzw. Weiterbildung vorzulegen.

- Bei steckerfertigen PV-Anlagen (Stecker-PV) sind außerdem der Nachweis über die Anmeldung beim Marktstammdatenregister und ein Foto der installierten Anlage einzureichen.
- Nach erfolgreichem Abschluss einer Weiterbildung ist diese über das Zertifikat „Fachkraft für Photovoltaik (VDE/DGS)“ oder Vergleichbares nachzuweisen.
- Für vertikale PV-Anlagen sowie bei gemeinschaftliche Solarstromprojekte ist zusätzlich noch das Inbetriebnahmeprotokoll einzureichen

Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, die geförderte Anlage zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn die Anlage in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Inbetriebnahme außer Betrieb genommen oder so verändert wird, dass diese den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Errichtung von Grundwasser-, Erdreich- und Luftwärmepumpen zur Bereitstellung regenerativer Wärme. Mit dieser Förderung soll der Anteil an regenerativer Wärme im Stadtgebiet Braunschweig erhöht werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Bei der errichteten Anlage muss es sich um eine marktfähige Anlage handeln, die bereits vom Hersteller allgemein angeboten wird. Eigenbauanlagen, Prototypen oder bereits gebrauchte sowie zu überwiegend aus gebrauchten Teilen bestehende Anlagen werden nicht gefördert.

Die beantragten Installationsvorhaben müssen den aktuell geltenden Bedingungen der KfW „Bundesförderung für effiziente Gebäude - Heizungsförderung für Privatpersonen/Unternehmen“ (KfW Zuschuss 458 oder 459) entsprechen. Eine Kombination mit der entsprechenden Bundesförderung für effiziente Gebäude ist möglich.

Die Anlagen sind nur in solchen Gebäuden förderfähig, die zum Zeitpunkt der Antragstellung älter als fünf Jahre sind.

4. Was wird gefördert?

Gefördert werden klimafreundliche Anlagen zur Wärme- und Kälteerzeugung in Kombination mit dem Einsatz regenerativer Energien. Dazu gehören Brauchwasser- und Luft/Luft Wärmepumpen, Luftwärmepumpen (Luft/Wasser), Grundwasser- (Wasser/Wasser) und Erdreichwärmepumpen (Sole/Wasser).

Luft/Luft Wärmepumpen werden nur gefördert, wenn dessen Außengerät auf der „Liste der förderfähigen Wärmepumpen mit Prüf-/Effizienznachweis“ der BAfA aufgeführt sind und in Kombinationen mit dem/den Innengerät/en

- bei einer Heizleistung bis 12 kW eine Effizienz-Klasse „A+++“ oder „A++“ aufweisen oder
- bei einer Heizleistung von mehr als 12 kW ein Raumheizungs-Jahresnutzungsgrad ($\eta_{s,h}$) von mindestens 150 % im Heizbetrieb erbracht werden kann.

Im Falle von Split- oder Multisplitgeräten ist die Installation von Wärmepumpen nur durch Fachbetriebe gestattet.

Wärmepumpen, welche ein Kältemittel mit einem Global Warming Potential (GWP) von kleiner gleich 150 verwenden ($GWP \leq 150$, z.B. Propan), erhalten einen zusätzlichen finanziellen Anreiz.

5. Art und Höhe der Förderung

Gefördert werden Materialkosten und Installationsdienstleistungen:

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Brauchwasserwärmepumpen	500 €
Luft/Luft Wärmepumpe	500 €
Luftwärmepumpen (Luft/Wasser)	1.000 €
Grundwasser- (Wasser/Wasser) bzw. Erdreichwärmepumpen (Sole/Wasser)	4.000 €
Bonus für Wärmepumpen mit einem klimafreundlichen Kältemittel ($GWP \leq 150$)	500 €

Die finanzielle Förderung wird auf ein BEG-förderfähiges Vorhaben und als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben gefördert werden, die im Jahr der Antragsstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Anlage auf Grund von nachzuweisenden Lieferschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr des Umsetzungsbeginns nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 5 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltsmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer/-innen, Pächter/-innen oder Mieter/-innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter/-innen oder Mieter/-innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers/-in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben.

Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen

Bei Antragstellung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma sowie die baurechtliche Genehmigung (soweit erforderlich) direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 8 Wochen nachzureichen.

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 8 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller/-in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung der Maßnahme sind die Kopien der Originalrechnungen vorzulegen. Bei der Beantragung des „Bonus für Wärmepumpen mit einem klimafreundlichen Kältemittel“ muss dies in der Rechnung ersichtlich werden. Bei Luft/Luft Wärmepumpen muss die Effizienz des Gesamtsystems in der Rechnung oder anderweitig aufgeführt sein. Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, die geförderte Anlage zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn die Anlage in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Inbetriebnahme außer Betrieb genommen oder so verändert wird, dass diese den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Durchführung von Energieeffizienz-Maßnahmen im Bestand. Mit den geförderten Maßnahmen soll der Endenergiebedarf im Gebäudereich gesenkt werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Vor Antragsstellung ist eine Energieberatung bei der Stadt Braunschweig¹ oder bei einer für die Förderprogramme des Bundes zugelassenen Energieberatung (Energieberater/-innenliste: www.energie-effizienz-experten.de) erforderlich.

Die beantragten Maßnahmen müssen nach den aktuell geltenden Bedingungen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG EM, BEG WG und BEG NWG) umgesetzt werden. Eine Kombination mit der entsprechenden Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ist möglich und im Falle der Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle nach BAfA, BEG, EM Fördervoraussetzung

Die Maßnahmen sind nur in solchen Gebäuden förderfähig, die zum Zeitpunkt der Antragstellung älter als fünf Jahre sind.

4. Was wird gefördert?

Gefördert werden Gesamtkosten bestehend aus den Materialkosten und Installationsdienstleistungen sowie die von der KfW / BEG / BAfA anerkannten Kosten für die Fachplanung und Baubegleitung von:

1. Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle (Fenster, Fassade, Dach) gemäß BAfA BEG EM
2. Die Bestandssanierung von Gebäuden zum KfW Effizienzhaus gemäß BEG WG oder BEG NWG

5. Art und Höhe der Förderung

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle nach BAfA BEG EM	25 % der BAfA-Förder-summe*
Sanierung von bestehenden Immobilien zum KfW Effizienzhaus	
Sanierung zum Effizienzhaus Denkmal	1.500 €
Sanierung zum Effizienzhaus 85, 85 EE und 85 NH	2.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 70, 70 EE und 70 NH	3.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 55, 55 EE und 55 NH	4.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 40, 40 EE und 40 NH	4.500 €

* aufgerundet auf den vollen Hunderter

¹ Kostenlose Energieberatung der Stadt Braunschweig, E-Mail: energieberatung@braunschweig.de, Tel.: 0531/470-39 48

Bei Antragstellung zu Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle erfolgt die Ermittlung der vorläufigen Fördersumme anhand des **Zuwendungsbescheides des BAfA**.

Ist die Fördersumme des BAfA im **Festsetzungsbescheid** (nach Realisierung und positiver Prüfung durch das BAfA) niedriger als die angegebene Fördersumme im Zuwendungsbescheid, so gelten die Angaben im Festsetzungsbescheid der BAfA als Maßgabe für die Berechnung und Festsetzung der Förderhöhe.

Die finanzielle Förderung von Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle in Höhe von 25 % der BAfA-Fördersumme (gegen Vorlage des Festsetzungsbescheids) wird als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben gefördert werden, die im Jahr der Antragstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Maßnahme auf Grund von nachzuweisenden Liefer- oder Installationschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr des Umsetzungsbeginns nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 4 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltsmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer-/innen, Pächter-/innen oder Mieter-/innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter-/innen oder Mieter-/innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers-/in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben. Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen.

Bei Antragstellung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma sowie der Zuwendungsbescheid des BAfA und die baurechtliche Genehmigung (soweit erforderlich) direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 16 Wochen nachzureichen.

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 16 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller-/in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung der Maßnahme ist der **Festsetzungsbescheid** des BAfA bzw. der KfW vorzulegen.

Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, das Vorhaben zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn das Vorhaben in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Vorhabenabschluss so verändert wird, dass dieses den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

<i>Betreff:</i> Sanierung Spielplatz Inselwallpark
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VIII 67 Fachbereich Stadtgrün	<i>Datum:</i> 15.11.2024
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	19.11.2024	Ö
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)	26.11.2024	Ö

Beschluss:

„Der Umgestaltung bzw. Grunderneuerung des Spielplatzes Inselwall/Löbbeckes Insel wird auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfsplans zugestimmt.“

Sachverhalt:

Der Spielplatz Inselwall/Löbbeckes Insel ist ein beliebter, aber in die Jahre gekommener Spielplatz. Der Erhaltungszustand einiger Geräte und die Gestaltung der Spielbereiche weisen beträchtliche Defizite auf. Das Weihnachtshochwasser 2023, das zu einer länger andauernden Überschwemmung des Spielplatzes und damit einer Durchnässung der Holzspielgeräte führte, wirkte sich ebenfalls schädlich auf die Materialsubstanz aus. In jüngster Vergangenheit mussten kurzfristig das Spielschiff und das Spielhaus aufgrund ihres nicht mehr verkehrssicheren Zustands demontiert werden. Das stark reduzierte Spielangebot auf diesem innenstadtnah gelegenen und stark frequentierten Spielplatz führte zu einer Vielzahl an Nachfragen und Beschwerden. Insofern ist die zeitnahe Grunderneuerung des Spielplatzes dringend erforderlich. Um ein Spielangebot während der Bauphase zu erhalten, wurde kürzlich ein zu einem Spielgerät umgebauter Überseecontainer aufgestellt. Dieser soll nach dem Umbau an anderer Stelle weiterverwendet werden.

Mit der Umgestaltung des Spielplatzes Inselwall/Löbbeckes Insel soll die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert und das vorhandene Spielangebot ergänzt bzw. ersetzt werden. Zugleich soll durch die neugestaltete Wegeführung zukünftigen Nutzungseinschränkungen - verursacht durch wiederkehrende Überschwemmungsereignisse - abgemildert werden.

Geplante Neugestaltung des Spielplatzes

Der vorliegende Entwurf (s. Anlage) sieht für die Umgestaltung des Spielplatzes Inselwall/Löbbeckes Insel folgende Planung vor:

Von den vorhandenen Spielgeräten bleiben die Nestschaukel, die Kleinkindschaukel und die Tischtennisplatte erhalten, werden jedoch z.T. versetzt. Auf die große Sechsfachschaukel wird bei der Umgestaltung aus Platzgründen verzichtet. Stattdessen ist eine Doppelschaukel vorgesehen, die deutlich wenig Platz beansprucht und daher mehr Raum für weitere Spielangebote ermöglicht.

Um der grünen Umgebung des Inselwallparks gerecht zu werden, wird der Spielplatz unter dem Hauptthema „Wald“ gestaltet. Als zentrales Element erhält der Spielplatz ein

Großspielgerät in Form einer Eule mit zahlreichen Kletter- und Versteckmöglichkeiten sowie einer Rutsche. Sie bietet ein vielfältiges Angebot für ältere Kinder, ist aber auch von jüngeren Kindern nutzbar. Das Spielgerät ist überwiegend aus Holz in Kombination mit Kletternetzen aus Herkules-Tauen gefertigt. Von einem Flügel der Eule aus beginnt ein Kletterparcours, der über verschiedene Arten von Hindernissen verfügt, welche die Kinder vor unterschiedliche Herausforderungen wie Hangeln, Balancieren u.a. stellt. Die Kinder können sich hier spielerisch und motorisch ausprobieren und in Rollenspielen soziale Kompetenzen erlernen. Die unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen bieten Herausforderungen für nahezu alle Altersgruppen, die die Geschicklichkeit und den Gleichgewichtssinn fördern und das Selbstwertgefühl stärken. Durch die Netze wird die Beweglichkeit gefördert.

Ergänzt wird das Spielangebot durch zwei Wippen, die als Mäuse gestaltet sind und so als „Futter“ für Eule und Eichelhäher auf dem Spielplatz „herumwuseln“.

Zusätzlich werden Robinienstämme aufgestellt, die den Waldcharakter aufgreifen und für Hindernislauf, Verstecken und andere Spiele verwendet werden können.

Des Weiteren ist der Fallschutzbereich dieser Spielgeräte in Holzhackschnitzel vorgesehen. Dieses Material ist unter inklusiven Gesichtspunkten durch den TÜV zertifiziert und kann, im Gegensatz zu Sand oder Fallschuttkies, von Rollstuhlfahrern und anderen mobilitätseingeschränkten Personen befahren und begangen werden.

Im nordöstlichen Bereich des Spielplatzes wird der Kleinkindbereich mit Sandspielfläche angeordnet und damit räumlich vom Spielbereich der älteren Kinder getrennt. Innerhalb der Sandspielfläche ist ein Spielhaus mit einem Sandtisch, einer Kleinkindrutsche und innen liegenden haptischen und optischen Spielerfahrungen vorgesehen. In diesem Spielbereich können haptische Erfahrungen mit Sand erlernt und in Rollenspielen soziale Kompetenzen gestärkt werden. Die vorhandene Kleinkindschaukel findet hier auch ihren neuen Platz.

Um die Teilhabe körperbehinderter Kinder und mobilitätseingeschränkter Personen an Spiel und Aufenthalt zu stärken wird ein Rollstuhlfahrer/innen-Parcours um die Aufenthaltsfläche errichtet, an dem mehrere Stationen optische und/oder haptische Sinneserfahrungen ermöglichen. Dieser bietet allen Kindern spannende Spielmöglichkeiten und ermöglicht Begegnungen zwischen Kindern mit und ohne Handicap.

Die klare Aufteilung der unterschiedlichen Spielbereiche dient einer guten Orientierung und bietet wahrnehmungseingeschränkten Personen eine übersichtliche Struktur.

Der vorhandene Asphaltweg wird aufgebrochen und durch ein attraktiveres versickerungsfähiges Ökopflaster ersetzt. Zusätzlich werden die Wegeflächen, um der Überflutungsgefahr vorzubeugen, angehoben. Die Hauptwege werden dabei mit in die Pflasterflächen eingelassenen Baumscheiben aus Beton gekennzeichnet und bilden einen Pfad, dem man folgen kann. Dies dient zusätzlich der besseren Lesbarkeit der Wegeführung für sehingeschränkte Personen. Im mittleren Bereich entsteht ein kleiner Platz bzw. kommunikativer Treffpunkt, auf dem Tisch-Bank-Kombinationen installiert werden, um u.a. Begleitpersonen Sitzgelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Um den sonniger gelegenen nordwestlichen Bereich des Spielplatzes zu beschatten, wird dort ein Bergahorn (bot. *Acer pseudoplatanus*) gepflanzt, der zukünftig als großer Schattenspender dient. Pflanzflächen mit Aschweiden (bot. *Salix cinerea*) lockern die Gestaltung an der Platzfläche auf. Diese schnellwachsenden Großsträucher sind sowohl robust gegenüber Aufschüttungen infolge eingespielten Sandes als auch gegen potentielle weitere Überflutungen.

Entlang der östlichen und südlichen Grenze des Spielplatzes befindet sich eine Mauer, die durchgehend als Sitzgelegenheit verwendet werden kann. An den Eingängen werden Fahrradstellplätze angeordnet.

Die Kostenschätzung für die Umsetzung der Umgestaltung beträgt rund 350.000 € brutto. Finanzmittel stehen im Teilhaushalt des Fachbereiches Stadtgrün in ausreichender Höhe zur

Verfügung.

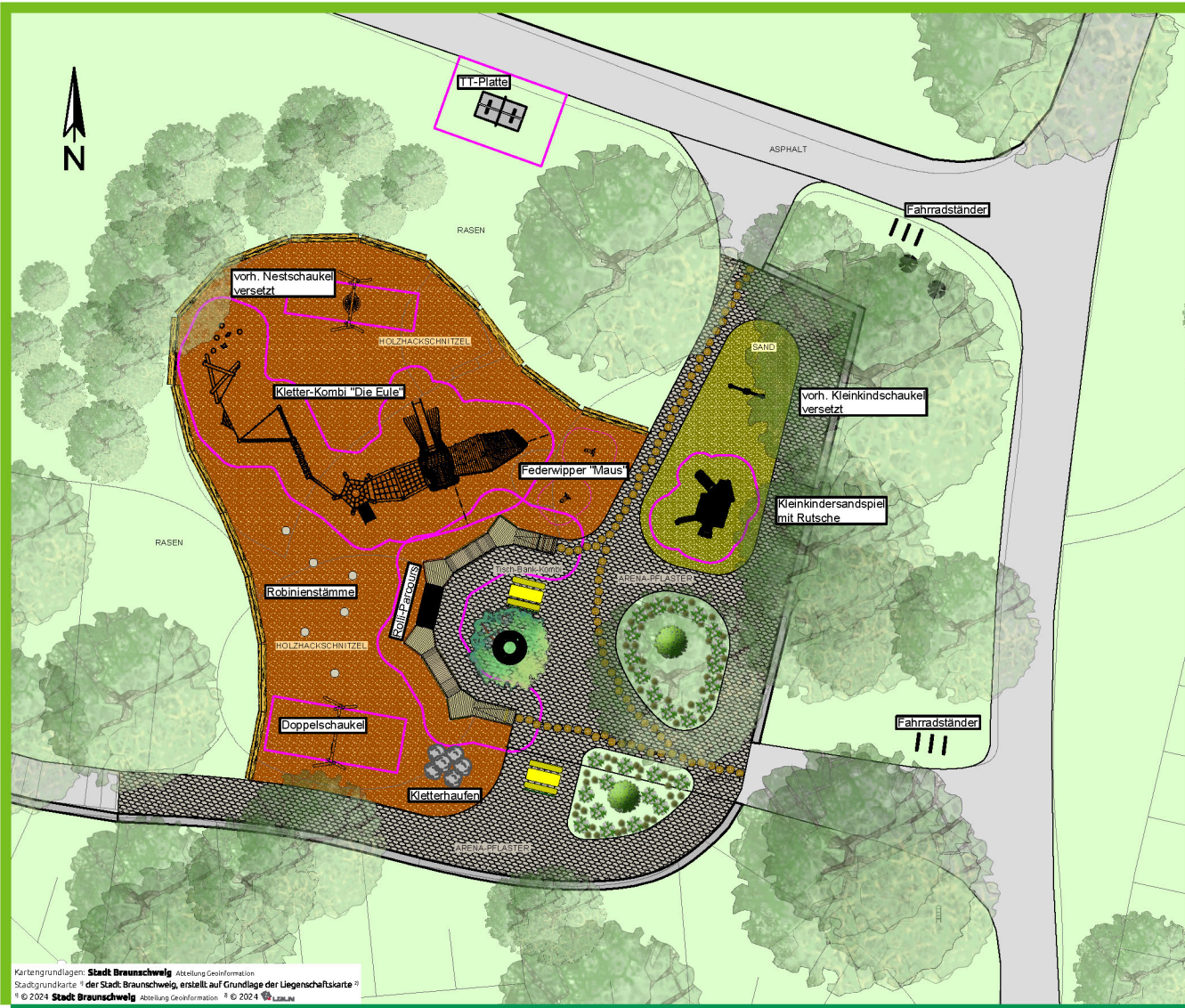
Nach erfolgtem Beschluss durch den Umwelt- und Grünflächenausschuss kann das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren starten. In Abhängigkeit der vergaberechtlich vorgeschriebenen Fristen sowie der gegenwärtigen Lieferzeiten der geplanten Geräte kann mit einer Umsetzung der Maßnahme voraussichtlich ab dem 3. Quartal 2025 gerechnet werden.

Herlitschke

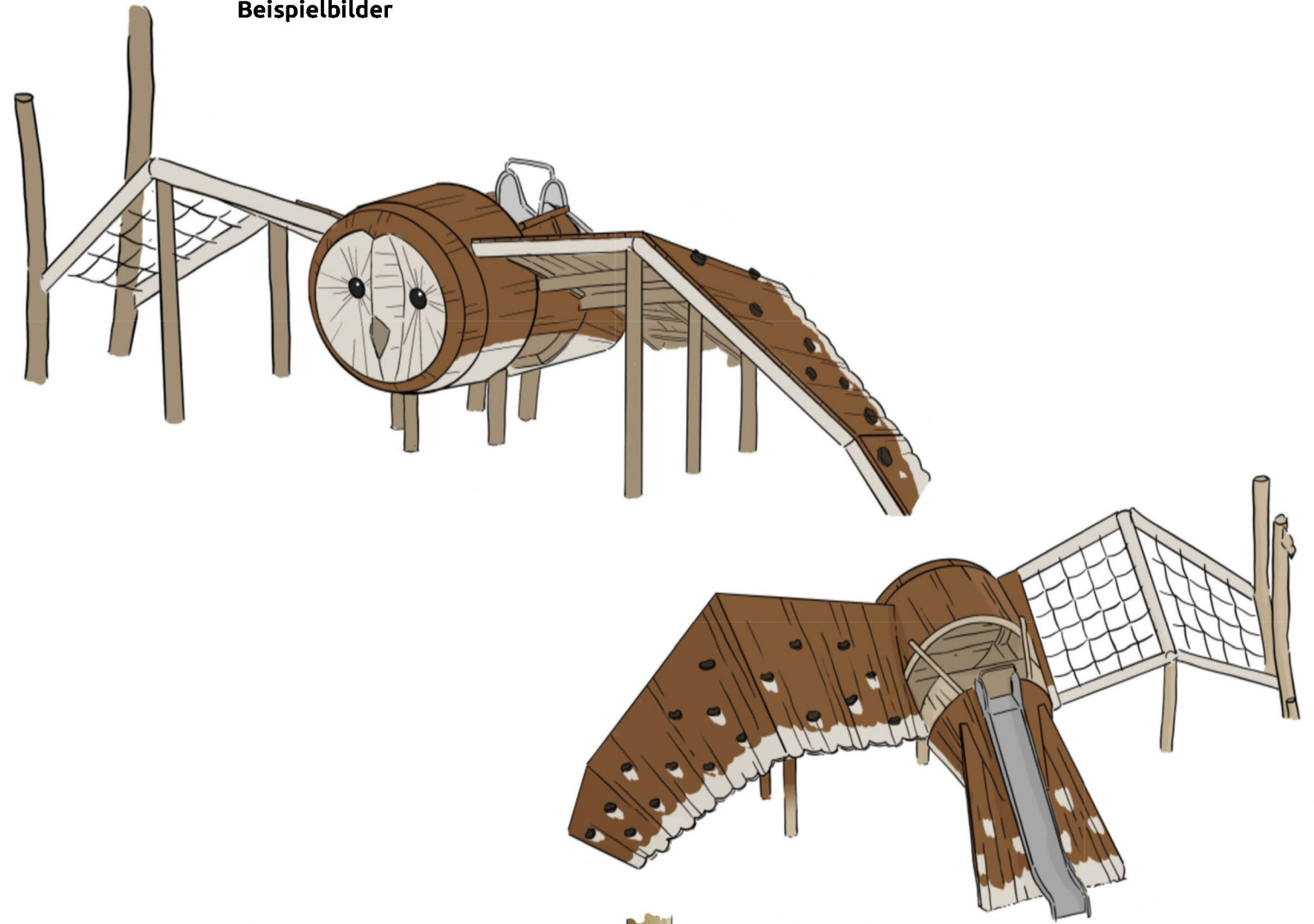
Anlage/n: Entwurfsplan

Neugestaltung Spielplatz Inselwall / Löbbbecke-Insel

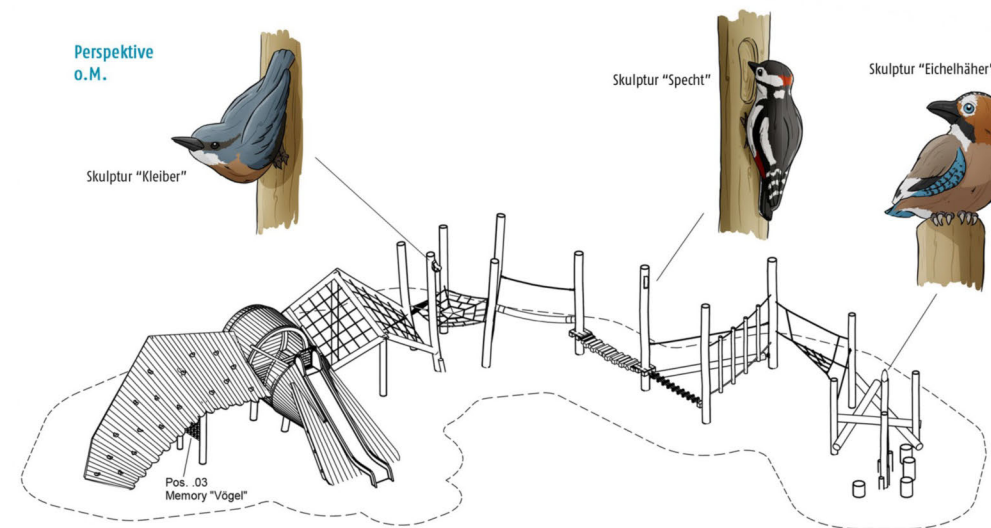
TOP 6



Kletter-Kombi mit Rutsche "Die Eule" Beispielbilder



Perspektive
o.M.



Federwippen "Maus"
Beispielbild

Rolli-Parcours



Beispielbilder

Kleinkindsandspiel mit Rutsche



Beispielbild

Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtgrün und Sport

Betreff:

Umgestaltung des Bolzplatzes Bärenkamp in einen Dirt-Bike-Parcours und einen Basketballplatz (Halbfeld)

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

07.11.2024

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Anhörung)

Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

13.11.2024

26.11.2024

Status

Ö

Ö

Beschluss:

„Der Umgestaltung des Bolzplatzes Bärenkamp in einen Dirt-Bike-Parcours und einen Basketballplatz (Halbfeld) auf der Basis des als Anlage beigefügten Entwurfsplans wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Der Bolzplatz Bärenkamp ist zurzeit weitgehend in seiner Nutzung als Jugendplatz eingeschränkt, da Wildtiere den Ort wiederkehrend in einen Zustand versetzten, der Fußballspielen nicht möglich macht. Aufgrund der regelmäßigen Wildschweinbesuche und damit einhergehender Schäden stellt die Verwaltung mit der vorliegenden Planung ein alternatives Nutzungskonzept vor. Wildschweine wittern die 15 cm unter der Erde liegenden Trüffel, graben sie mit ihren Stoßzähnen aus und hinterlassen dabei Schäden auf der Fläche. Die Verwaltung hofft, dass die Schäden durch die zu erwartende höhere Frequentierung durch Nutzer und Nutzerinnen minimiert wird und die Wildschweine vertrieben werden.

Auf dem Großteil des derzeitigen Bolzplatzes Bärenkamp soll ein Dirt-Bike-Parcours für Anfänger und Fortgeschrittene entstehen. Im Nordosten des Platzes bietet zukünftig ein 3x3-Spielfeld mit Ballfangnetz die Möglichkeit zum Basketballspielen. Außerdem ist ein großzügiger Aufenthaltsbereich geplant, der zum Verweilen einlädt.

Der Dirt-Bike-Parcours bietet insgesamt vier verschiedene Strecken, so genannte Lines, mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden. Es handelt sich um eine Flowjumpline (Line 1), einen Flowtrail (Line 2), eine große Jumpline (Line 3) und eine kleine Jumpline (Line 4). Außerdem gibt es einen Tricksprung mit Rindenmulchlandung.

Neben dem Basketballfeld sind drei Hip-Sprünge (Flowjumpline, Line 1) geplant. Diese Sprünge zeichnen sich dadurch aus, dass Absprung und Landung nicht in einer Linie, sondern in einem Winkel von bis zu 90° zueinander erfolgen. Anschließend kann man geradewegs in eine Sprungkombination gehen. Die Sprungkombination „StepUp-StepDown“ ist ein Tricksprung, der eine Herausforderung darstellt. Ein „StepUp“ ist ein Sprung, bei dem mit Anlauf über eine Rampe gesprungen und auf einer höheren Ebene gelandet wird, wodurch ein Höhenunterschied überwunden wird. Ein „StepDown“ ist ebenfalls ein Sprung bei dem sich der Fahrer oder die Fahrerin über eine emporragende Absprungkante herunterfallen lässt. Dabei gewinnt der Fahrer oder die Fahrerin zunächst etwas an Höhe,

bevor es nach unten geht.

Die Anlage bietet einen kurvigen Bereich (Flowtrail, Line 2) an. Der Flowtrail zeichnet sich durch Anlieger und Tables aus, die ein weiches und flüssiges Fahrgefühl vermitteln. Anlieger sind Steilkurven, bei denen der äußere Streckenrand höher liegt als der innere. Ein Table ist ein abgeflachter Erdwall, der aus drei Teilen besteht: einer Absprungrampe und einer abfallenden Landerampe, die durch ein flaches Mittelstück verbunden sind. Von der Seite betrachtet hat ein Table die Form eines Trapezes. Für Anfänger ist dieser Parcours ideal, da ein Table zu Beginn einen kurzen Sprung ermöglicht, der nicht im leeren Raum endet.

Die Anlage bietet auch eine große Jumpline (Line 3) und eine kleine Jumpline (Line 4). In diese Lines kann man sich durch den Roll-In-Bereich „hineinrollen“ lassen, um so die notwendige Geschwindigkeit aufzubauen. Die große Jumpline (Line 3) bietet auf der Strecke zwei große Sprünge ($h=1,80\text{m}$) mithilfe einer Stahl-/Holzkonstruktion. Die Strecke endet mit einem Auslauf in einer Anliegerkurve und geht über einen Pumptrail zum Aufenthaltsbereich bzw. zurück zum Startpunkt. Bei einem Pumptrail handelt es sich um eine spezielle, künstlich angelegte Mountainbike-Strecke, bei der das Ziel darin besteht, durch Ausnutzung des stark welligen Längsprofils und durch koordinierte, „pumpende“ Auf- und Abwärtsbewegungen des Körpers Geschwindigkeit zu gewinnen, ohne dabei in die Pedale zu treten.

Die kleine Jumpline (Line 4) ist ähnlich aufgebaut wie die große Jumpline (Line 3), jedoch mit zwei kleineren Absprüngen ($Höhe=1,10\text{ m}$), die ebenfalls aus einer Stahl-/ Holzkonstruktion bestehen. Zusätzlich bietet die Dirt-Bike-Anlage einen Tricksprung (Line 5) mit einem großen Absprung ($Höhe=1,80\text{ m}$) und einer Rindenmulchlandung.

Das Gestaltungskonzept sieht in der Streckenführung vor, dass die Rückfahrt zum Ausgangspunkt über den Aufenthaltsbereich erfolgt. Im Aufenthaltsbereich kann bei Bedarf eine Pause eingelegt werden. Entlang des Weges von dem Aufenthaltsbereich zum Startpunkt befinden sich noch zwei Sitzgelegenheiten mit Rückenlehne zum Verweilen. Der Dirt-Bike-Parcours verfügt über einen großen Aufenthaltsbereich mit Sitzgelegenheiten auf einer Natursteintribüne und einer Sitzplattform. Außerdem gibt es zwei Abfallbehälter sowie Fahrradbügel. Auf der Zuwegung zum Startpunkt befinden sich zwei Sitzbänke mit Rückenlehne.

Auf der Anlage soll zusätzlich zu dem Dirt-Bike-Parcours im Nordosten zukünftig ein 3x3-Basketballfeld mit einem EPDM-Bodenbelag entstehen. Das Basketballfeld würde zeitlich nach der Fertigstellung des Dirt-Bike-Parcours entstehen. Das Feld ist 15 Meter lang und 11 Meter breit. Es wird auf einer Spielfeldhälfte mit einem Korb gespielt, der auf einer Höhe von 3,05 Metern angebracht ist.

Für die Neugestaltung der Dirt-Bike-Anlage wird aus Gründen der Nachhaltigkeit weitestgehend auf langlebige Materialien zurückgegriffen wie beispielsweise Holz und Stahl für die Rampen und Naturstein für die Tribüne. Die Profilierung der einzelnen Lines erfolgt durch Erdmodellierung in einer gewellten Flächenform.

Die Umsetzung der dargestellten Maßnahmen für den Dirt-Bike-Parcours belaufen sich auf geschätzte Kosten in Höhe von 277.000 €. Bei der Umsetzung des 3x3-Spielfeldes belaufen sich die Kosten schätzungsweise auf 40.000 €. Ausreichende Finanzmittel stehen im Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtgrün zur Verfügung.

Herlitschke

Anlage/n:
Entwurfsplan
Basketball-Half-Court



Bikepark Braunschweig - Bärenkamp

Projektfläche:

4300 m²

Fahrfläche:

1290 m²

Aufenthaltsfläche:

160 m²

Grün- und Böschungsfläche:

2590 m²

SYSTEMSCHNITT
WASSERGEBUNDE DECKE
(DoB)

0,04

Gefälle min. 2,0 ‰

Deckschicht, DoB 0/11, D = 40mm

Zwischenplanum
(- 0,04 m)

0,15

Frostschuttschicht, FSS 0/32,
D = 150 mm

Zwischenplanum
(- 0,19 m)

0,00 - 3,00

Erdmodellierung, bindiger Aushub ohne Steine,
D = 0 - 3000mm

Rohplanum
(- 0,00 m - 1,00 m)
1-2 ‰ Quergefälle

Erdreich

Belastungsklasse: Rad- und Gehwege RSTO 12
Verdichtungsgrad: mind. DPR 1,
Verformungsmodul E_{v2} auf der Oberfläche min.
45 MN/m²

1:20

LEGENDE / LEGEND

Außenkante geplante Anlage / outline planed construction

Kurven / curve

Roller / Sprünge / Obstacles / Pumps / Jumps

Außenkante Böschung / outline embankment

Projektfläche / project area

Asphaltfläche / asphalt area

Grünflächen / green area

Böschungsflächen / embankment area

HINWEIS
NOTE

Es gelten die Hinweise, Plangrundlagen, Legenden des 01 - Lageplan. Alle Bemaßungen sind Meterangaben. Alle Höhenangaben sind relativ zu NHN. The instruction, notes, drawing Legend apply from 01 - Lageplan. All dimensions are meter. All hights are relativ to NHN.

BAUHERR
CLIENT

Stadt Braunschweig

Auguststraße 9-11

38100 Braunschweig

PROJEKT
PROJECT

Braunschweig Bärenkamp

Neubau Bikepark

DATUM
DATE

PROJEKT NR.
PROJECT NO.

GEZEICHNET
DRAWED

GEPRÜFT
CHECKED

MAßSTAB
SCALE

BLATT
SHEET

PLANINHALT
CONTENT

01 - Lageplan

PLANUNGSPHASE
PLANNINGSTAGE


Vorentwurf

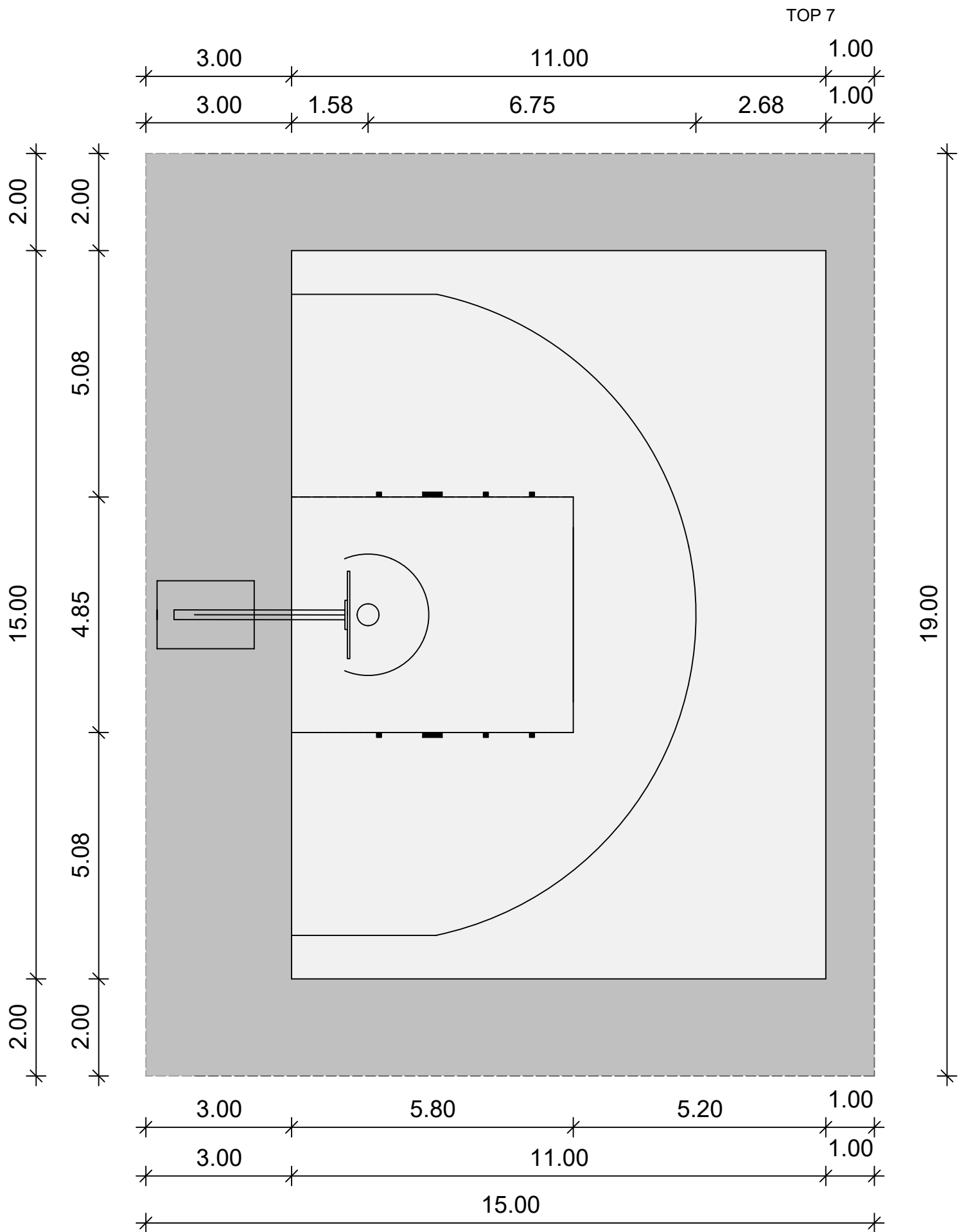
DATE/NAME
FILENAME

Diese Zeichnung und deren Inhalt ist unser Eigentum. Sie darf ohne unsere Zustimmung nicht vervielfältigt oder verwendet werden. Alle Rechte verbleiben bei uns (§15 UrheberrechtsG). Thies Drawing and the content is our property. It is not allowed to copy or use it, without our approval. All rights remain with us (§15 UrheberrechtsG).

45 von 64 in Zusammenstellung



HINWEIS NOTE		Es gelten die Hinweise, Plangrundlagen, Legenden des <u>01 - Lageplan</u> . Alle Bemaßungen sind Meterangaben. Alle Höhenangaben sind relativ zu NHN. The instruction, notes, drawing Legend apply from <u>01 - Lageplan</u> . All dimensions are meter. All hights are relativ to NHN.			
PROJEKT PROJECT		Braunschweig Bärenkamp Neubau Bikepark		<div>N</div> 	
PLANINHALT CONTENT		02 - Detailplan		DATUM DATE	
				PROJEKT NR. PROJECT NO.	
PLANUNGSPHASE PLANNINGSTAGE		Vorentwurf		GEZEICHNET DRAWED	
				GEPRÜFT CHECKED	
DATE/NAME FILENAME				MAßSTAB SCALE	
				BLATT SHEET	
Diese Zeichnung und deren Inhalt ist unser Eigentum. Sie darf ohne unsere Zustimmung nicht vervielfältigt oder verwendet werden. Alle Rechte verbleiben bei uns (§15 UrheberrechtsG). Thies Drawing and the content is our property. It is not allowed to copy or use it, without our approval. All rights remain with us (§15 UrheberrechtsG).					



Halbfeld
M 1:100

Betreff:

Herstellung eines inklusiven Zugangs zum Schulgebäude an der IGS Heidberg

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

19.11.2024

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Braunschweig-Süd (Anhörung)
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

21.11.2024
26.11.2024

Status

Ö
Ö

Beschluss:

Der Planung und deren Realisierung zur Herstellung eines inklusiven Zugangs zu den Schulgebäuden des Schulzentrums Heidberg (IGS Heidberg und Gymnasium Raabeschule) im Haushaltsjahr 2025 wird vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über den Doppelhaushalt 2025/2026 zugestimmt.

Sachverhalt:

Der Fachbereich Stadtgrün plant, den Zugangsbereich zu den Schulgebäuden der IGS Heidberg bzw. des Schulzentrums Heidberg inklusiv herzurichten und damit eine barrierefreie Erreichbarkeit der Schule sicherzustellen. Gegenwärtig entspricht die Zugangssituation am Schulzentrum Heidberg nicht den Anforderungen an eine barrierefreie Erreichbarkeit. Wesentliche Problemstellung ist die nicht vorhandene öffentliche Zugänglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen insbesondere vor dem Hintergrund, dass die IGS als barrierefreie Schule klassifiziert ist.

Eine 2024 erstellte Machbarkeitsstudie sollte zunächst klären, ob und inwieweit ein inklusiver Zugang zu den Schulgebäuden - unter Berücksichtigung von Flucht- und Rettungswegen, Feuerwehraufstellflächen sowie Vorgaben der DIN 18040-1:2010-10 zum Barrierefreien Bauen - errichtet werden könnte. Es wurden verschiedene Bereiche auf dem Schulgelände in Betracht gezogen.

Im Ergebnis wurde eine bauliche Anpassung der Freitreppenanlage am Forum und der Rampensituation im Zugangsbereich an der Straße als mögliche Lösung vorgeschlagen. Die vorhandene Freitreppenanlage kann durch eine Rampe ergänzt werden, so dass inklusive Anforderungen erfüllt werden. Des Weiteren sehen die empfohlenen Maßnahmen die Erstellung eines barrierefreien Weges vor. Derzeit besteht die Zuwegung aus Natursteinpflaster, welches nicht die Anforderungen an eine barrierefreie Oberfläche erfüllt.

Die Entwurfsplanung liegt nunmehr vor und soll im Folgenden erläutert werden.

Die Zuwegung zum Haupteingang des Schulzentrums weist eine Länge von ca. 130 m auf und führt von der Stettinstraße nach Osten zum Forum des Schulkomplexes. Vom Gehweg an der Straße kommend, sind zwei Höhenversprünge zu überwinden. Der Erste, im Westen am Grundstückseingang liegend beträgt ca. 90 cm und wird durch eine Treppenanlage überwunden. Der Zweite beträgt ca. 121 cm und wird mit einer rund 20 m breiten Freitreppe gleicher Bauart, die höhenmäßig an das Forum der Eingangsbereiche der IGS und des

Gymnasiums (Höhenunterschied: ca. 110 cm) anschließt, überwunden.

Neben den beiden bestehenden Treppenanlagen verlaufen steile Rampen (Neigungen: 16 % bzw. 12,6 %) mit einem Basaltkleinpflasterbelag, die in dieser Form nicht die Anforderungen an barrierefreie Zugänge erfüllen.

Auf das Forum führen verschiedene Türen aus den Schulgebäuden, die sämtlich als Fluchttüren ausgewiesen sind (Breite: vgl. Plan 1). Gem. Vorgaben der Feuerwehr ist eine Gesamtbreite von 14,75 m als Fluchtkorridor im Bereich der Treppenanlage freizuhalten. Um eine inklusive Zugangsmöglichkeit am Haupteingang des Schulzentrums zu realisieren, müssen die bestehenden Rampenanlagen angepasst bzw. neu errichtet werden. Dazu ist vorgesehen, die Rampen im Zugangsbereich an der Straße baulich anzupassen und in die Freitreppenanlage eine neue Rampe zu integrieren.

Diese Hauptrampe wendet in drei Abschnitten, um den Höhenunterschied von 1,21 m an der Freitreppe zu überwinden. Um sowohl die Zugänglichkeit der Treppe zum Lieferanteneingang im Norden zu gewährleisten als auch die südliche Treppe zum Vorplatz weiter in Funktion zu halten, muss diese mittig in der Freitreppe platziert werden. Sie ist so konzipiert, dass die Anfangssteigung mittig auf dem Vorplatz endet. Gemäß Vorgaben für barrierefreie Rampenanlagen werden drei Ruhepodeste integriert. Die seitlich verbleibenden entstehenden Treppenabschnitte weisen eine Breite von ca. 8,20 m und 6,80 m auf. Die Rampe selbst muss entsprechend DIN 18040-1 die geforderte Mindestbreite von 1,20 m netto einhalten.

Der Höhenunterschied im Zugang an der Stettinstraße beträgt 0,90 m. Die hierfür notwendige Rampe wird in drei Abschnitte unterteilt. Die Rampe hat eine Gesamtlänge von 16,50 m.

Beide Rampen müssen nach DIN mit beidseitigen Handläufen und Radabweisern versehen sein (vgl. Detailpläne).

Zwischen dem Zugangsbereich an der Stettinstraße und der Freitreppenanlage wechselt die Belagsoberfläche zwischen verschiedenen großen Betonplatten (50 x 50 cm und 75 x 50 cm), Basaltkleinpflasterstreifen und Betonverbundpflaster unterschiedlichen Alters und mit einer Vielzahl von Unebenheiten.

Die Rampen werden mit einem neuen, durchgängigen Plattenweg mit einer Breite von 2,00 m verbunden, der die Anforderung an barrierefreie Oberflächenbeläge erfüllt. Im Rahmen der Maßnahme muss zusätzlich die Zaunanlage angepasst werden.

Die Umsetzung des Umbaus der inklusiven Zuwegung zu den Schulgebäuden ist für die Sommerferien 2025 geplant.

Die Maßnahme in Zusammenarbeit wurde mit der Schulleitung, Behindertenvertretern, dem Betreiber der Schulaußenanlage (PPP) Hochtief/SPIE sowie dem GUV abgestimmt.

Die Kostenschätzung beläuft sich auf rund 350.000 € inkl. Planungs- und Baunebenkosten. Für das Vorhaben konnten Fördermittel des Landes Niedersachsen in Höhe von 150.000 € eingeworben werden. Haushaltsmittel in ausreichender Höhe sind im vom Rat noch nicht beschlossenen Verwaltungsentwurf des Doppelhaushaltes 2025/2026 für das Haushaltsjahr 2025 im Teilhaushalt des Fachbereiches Stadtgrün veranschlagt.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1 Entwurfsplanung

Anlage 2 Detailplan Rampe 1

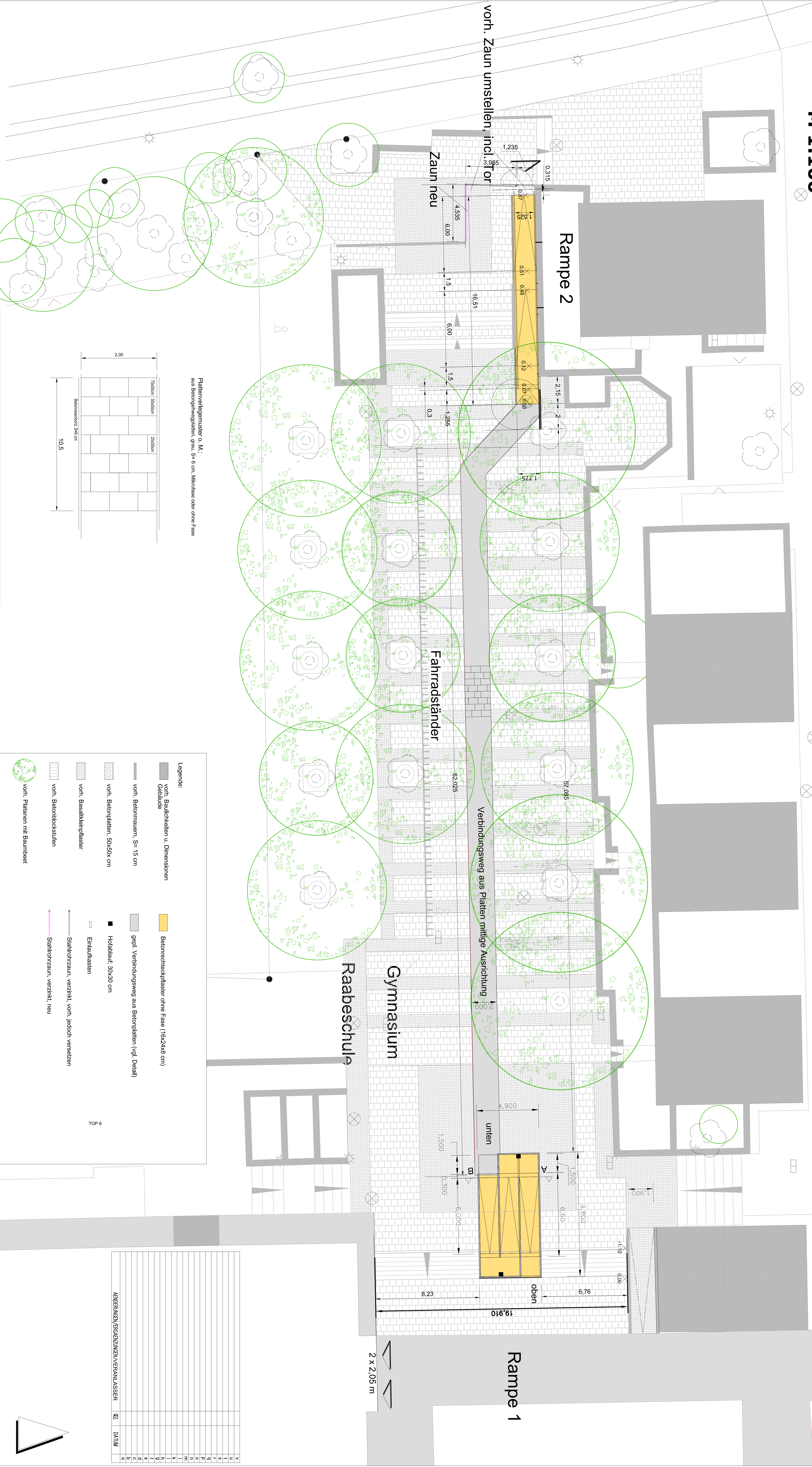
Anlage 3 Detailplan Rampe 2

Anlage 4 Detailplan Rampenausführung 1+2

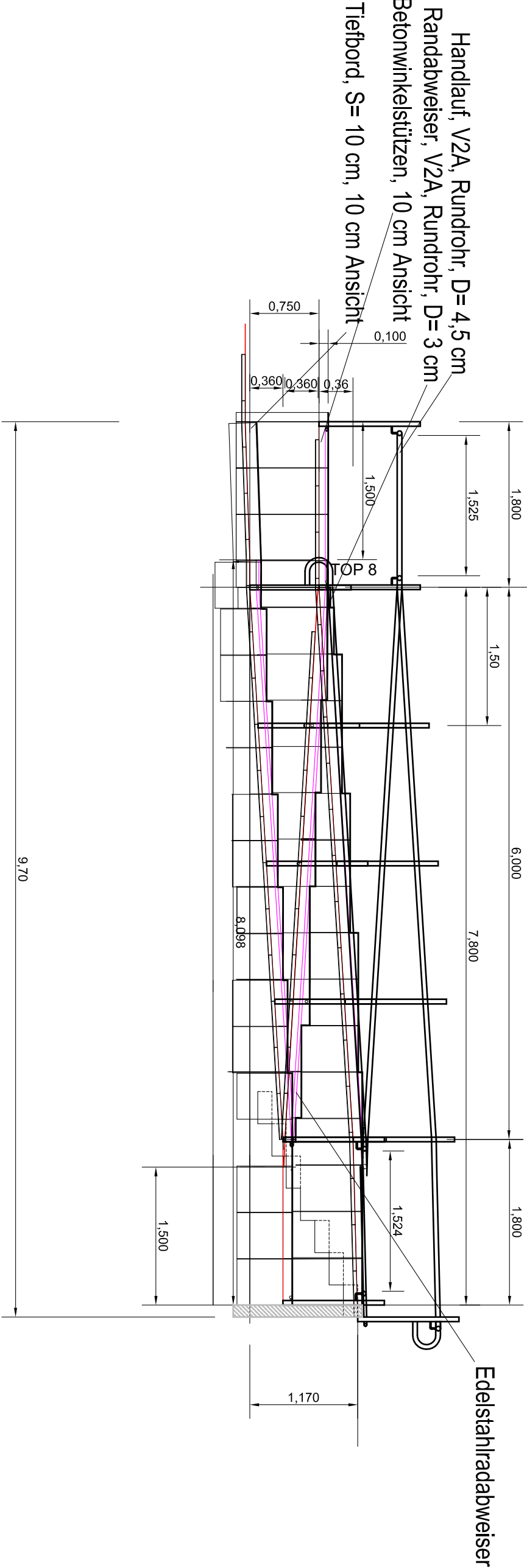
IGS Heideberg - Schulzentrum Inklusiver Zugang Entwurf

M 1:100

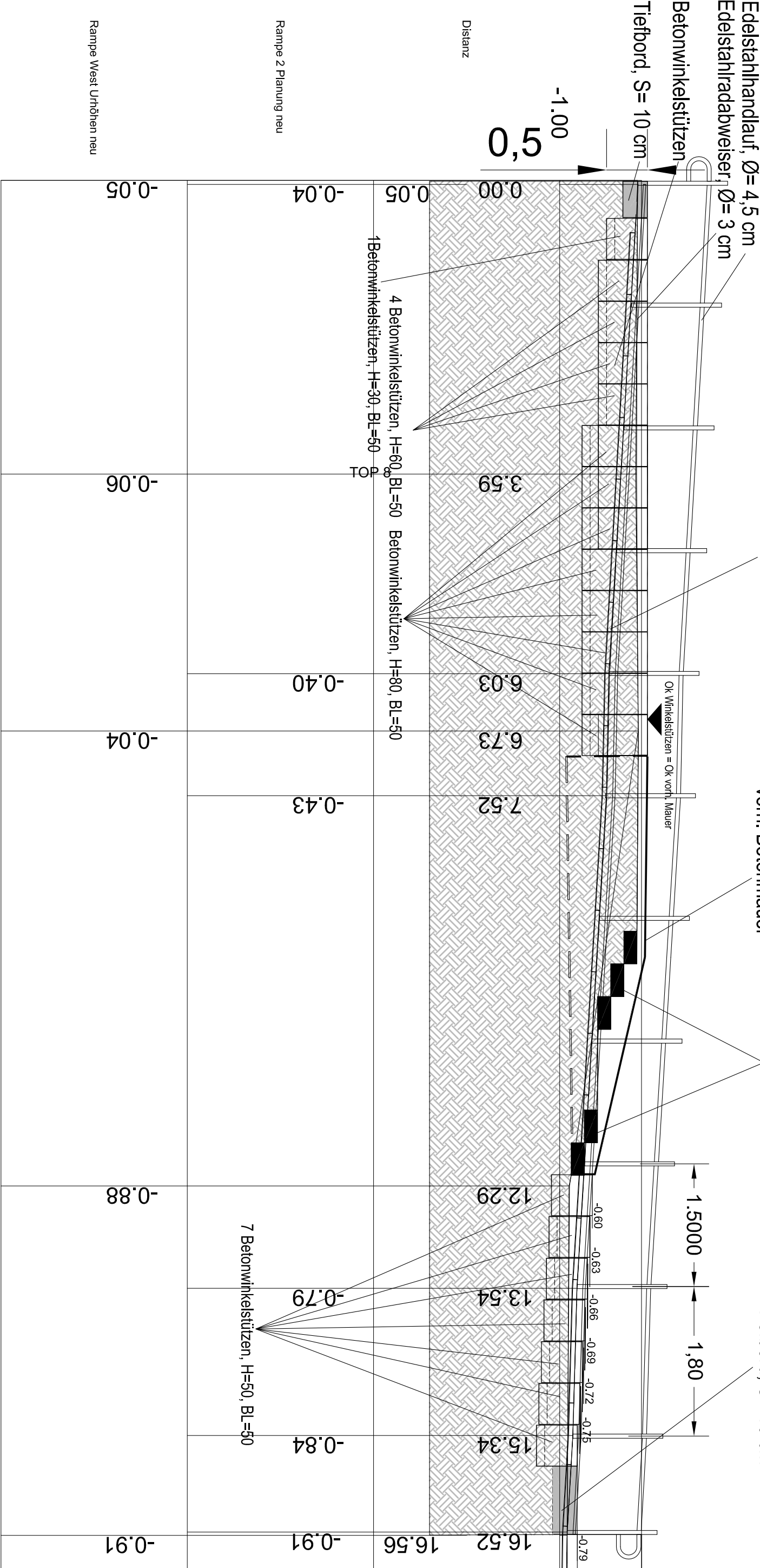
Zufahrt Lieferanten

[illegible]

Rampe 1 Ansicht E - F



Rampe 2 Ansicht C-D

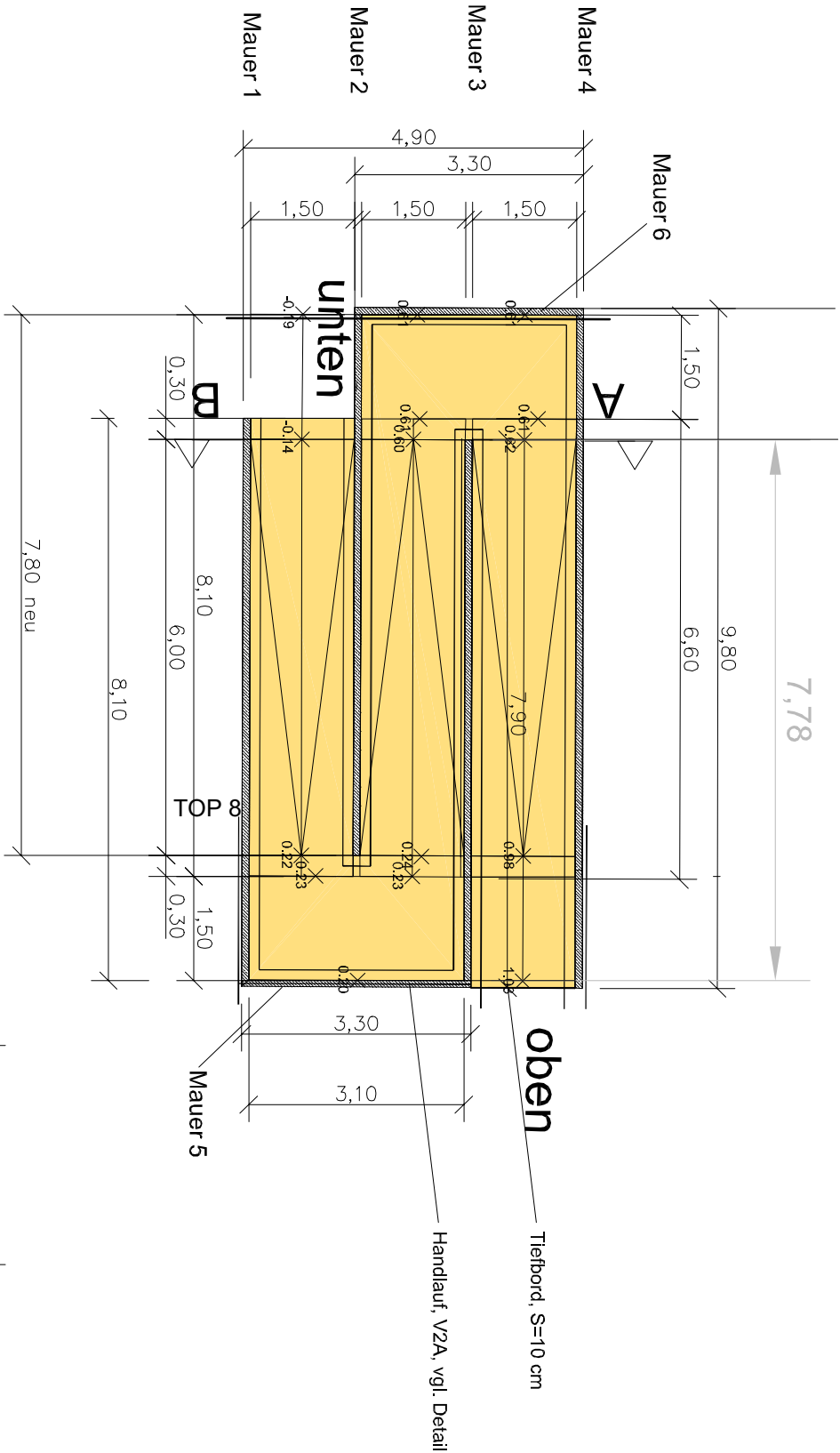


Stadt Braunschweig

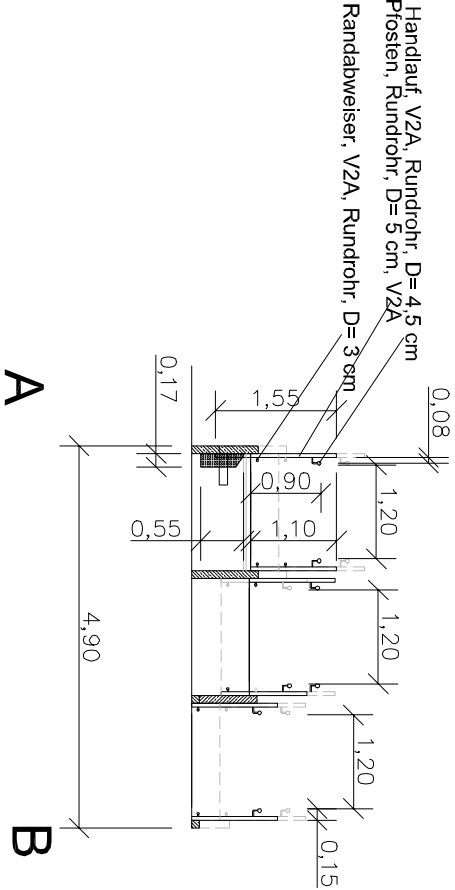
Willy-Brandt-Platz 13 D - 38100 Braunschweig

30.10.2024 Plan 3 Detail Rampe Ansicht C - D M. 1:50

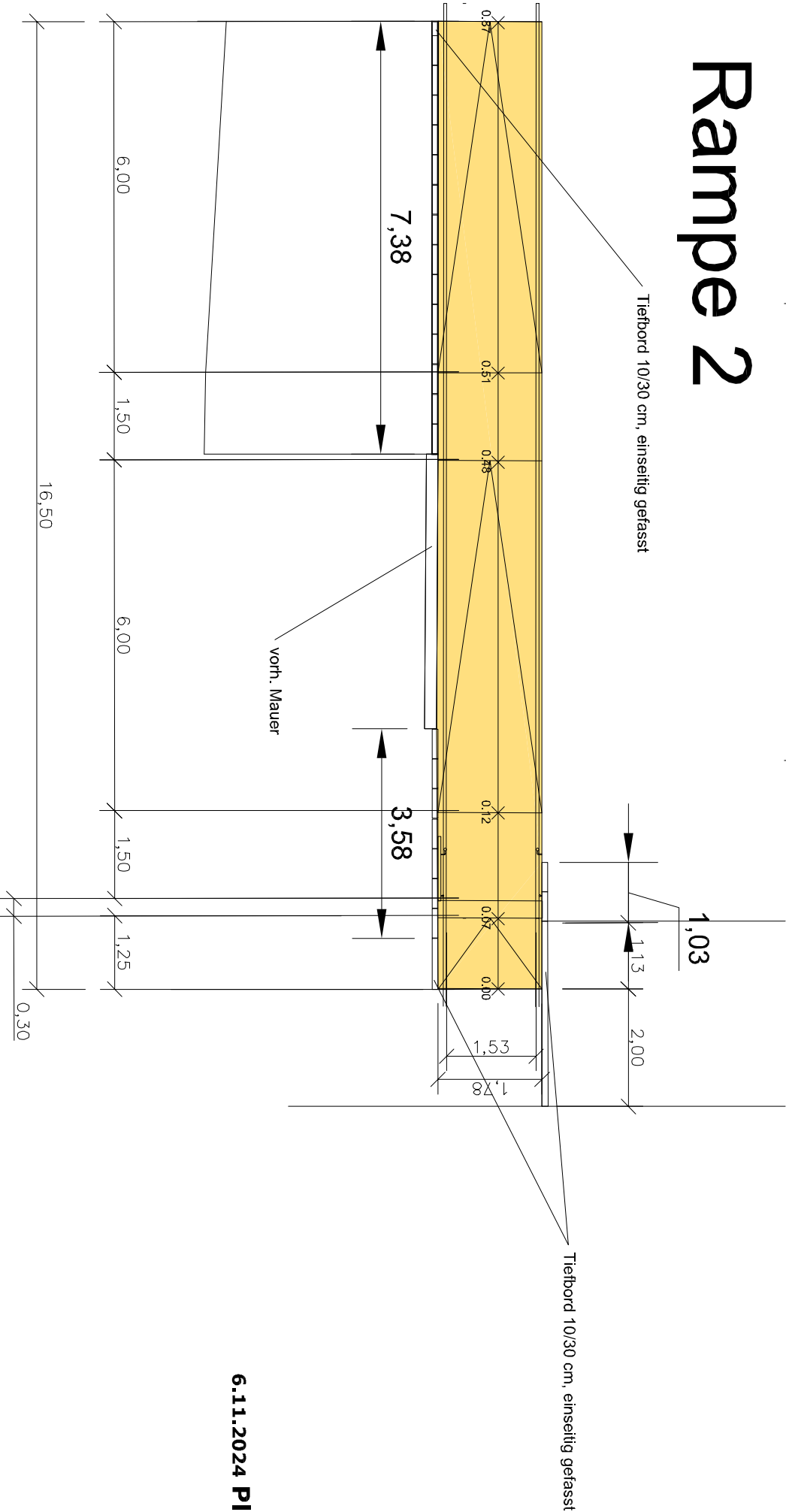
Rampe 1



Ansicht A - B



Rampe 2



Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtgrün und Sport
Auguststr. 9 - 11 D - 38100 Braunschweig
6.11.2024 Plan 2 Detail Rampe 1 und 2; Ansicht A-B M. 1:100

Betreff:

**Bezuschussung des Kleingärtnervereins Holzenkamp e.V. zur
Erneuerung der Elektro-Installation des Vereinsheims**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

15.11.2024

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

26.11.2024

Status

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 05.12.2024

Ö

Beschluss:

„Zur Sanierung des Vereinsheims wird dem Kleingärtnerverein Holzenkamp e.V. ein Zuschuss in Höhe von 9.800,00 € für die Erneuerung der Elektro-Installation gewährt.“

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 01.02.2023 hat der Kleingärtnerverein Holzenkamp erstmals einen Antrag auf finanziellen Zuschuss bei der Verwaltung für die Sanierung des renovierungsbedürftigen Vereinsheimes eingereicht. Der Antrag ist als Anlage 1 beigelegt. Die Notwendigkeit der Maßnahmen wurden telefonisch in der letzten Woche nochmals bestätigt.

Seitens des Vereins wurden als wichtigste Sanierungspunkte die Deckenfläche aus Holz mit der gesamten Elektrik sowie der Bodenbelag genannt. Insgesamt wurden die Kosten für die relevanten Arbeiten auf rund 39.000 € geschätzt, die Eigenmittel des Vereins wurden mit rund 4.000 € angegeben.

Seitens der Verwaltung sind für direkte Zuschüsse an die Kleingartenvereine keine Haushaltsmittel vorgesehen. Auch aus Gleichbehandlungsgründen mit anderen Kleingartenvereinen ist daher eine vollständige Zuschussung der Sanierung des Vereinsheims nicht geboten.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Zuschuss auf die aus Sicherheitsgründen erforderliche Erneuerung der elektrischen Anlagen im Vereinsheim zu begrenzen. Der aktuelle Kostenvoranschlag beläuft sich hierfür auf rund 13.800 €, abzüglich der angegebenen Eigenmitteln in Höhe von 4.000 € verbleibt ein Zuschussbedarf in Höhe von 9.800 €. Die weiteren Maßnahmen wären demzufolge ggf. mit Eigenleistungen, bzw. weiteren eigenen finanziellen Mitteln des Vereins umzusetzen.

Der KGV Holzenkamp besteht aus 93 Mitgliedern und verfügt nicht über ausreichende Rücklagen, um allein für die Erneuerung der elektrischen Anlagen im Vereinsheim aufzukommen.

Ohne Zuschussung durch die Stadt ist zu befürchten, dass die Gefährdungslage durch die unzureichende Elektrik nicht beseitigt werden und das Vereinsheim dauerhaft nicht genutzt werden kann.

Haushaltsmittel können aus dem Projekt 4S.670052 „Kleingartenanlagen/Modernisierung“ zur Verfügung gestellt werden.

Beschlusszuständigkeit:

Auf Grund der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ gehört die Bewilligung von unentgeltlichen Zuwendungen bis zu einer Höhe von 5.000,00 € zu den Geschäften der laufenden Verwaltung.

Bei Zuwendungen über 5.000,00 € ist ein Beschluss durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig nach § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG notwendig. Der hier angeführte Zuschussantrag übersteigt die Bewilligungssumme von 5.000,00 €.

Im Rahmen der Hauptsatzung wurde die Bewilligung unentgeltlicher Zuwendungen jedoch umfassend auf die Fachausschüsse übertragen. In diesem Fall ist der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung zuständig, weil die Entscheidung über Zuschüsse an Kleingartenvereine nicht speziell dem Aufgabengebiet anderer Ausschüsse zugewiesen wurde. Dem Umwelt- und Grünflächenausschuss wurde lediglich die Bewilligung unentgeltlicher Zuwendungen an Umweltorganisationen und Förderprojekte zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zugewiesen.

Herlitschke

Anlage/n:

Zuschussantrag vom 01.02.2023 mit Kostenvoranschlag (anonymisiert) für die Erneuerung der Elektro-Installation

Betreff:

Bezuschussung des Kleingärtnervereins Kälberwiese e.V. zur Begleichung der Kosten für Wasserverbrauch wegen nicht erkannter Leckage an der Wasserleitung

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

20.11.2024

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

26.11.2024

Status

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

05.12.2024

Ö

Beschluss:

„Zum Ausgleich der Rechnung des Wasserversorgers BS|Energy vom 15.08.2024 wird dem Kleingärtnerverein Kälberwiese e.V. ein Zuschuss in Höhe von 12.000 € gewährt.“

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 30.10.2024 hat der Kleingärtnerverein Kälberwiese e.V. einen Antrag auf finanziellen Zuschuss bei der Verwaltung eingereicht. Der Antrag ist als Anlage 1 beigelegt.

Zusammengefasst begründet sich der Zuschussantrag durch die außergewöhnlich hohe Wasserrechnung von BS|Energy vom 15.08.2024, in der ein Betrag in Höhe von 14.423,21 € in Rechnung gestellt wurde für den Verbrauch des KGV im Zeitraum zwischen August 23 und August 24. Dieser Wasserverbrauch in Höhe von über 6.000 m³ lag um ein Vielfaches über dem der Vorjahre (jeweils zwischen 235 und 452 m³ p.a.).

Grund für den erhöhten Verbrauch war eine Leckage in der Wasserleitung des KGV, die im August 2023 entdeckt wurde. Diese Leckage befand sich außerhalb des Geländes des KGV im Bereich östlich der Autobahn A 391, die den KGV in einen Ost- und einen Westteil teilt (siehe Anlage 2).

Die Leckage wurde zwar in der Folge beseitigt, bzw. der Wasserdurchfluss unterbunden, die Wasserrechnung zeigte jedoch, dass bereits zuvor eine erhebliche Menge an Wasser geflossen war.

Der KGV besteht lediglich aus 26 Mitgliedern und verfügt nicht über ausreichende Rücklagen, um allein für die Begleichung der Wasserrechnung aufzukommen. Gespräche mit BS|Energy haben lediglich zu einer Stundung des Betrags, aber keiner Reduzierung geführt.

Ohne Zuschussung durch die Stadt ist zu befürchten, dass der KGV zahlungsunfähig wird und die weitere Existenz massiv gefährdet ist.

Haushaltsmittel können aus dem Budget des Fachbereichs Stadtgrün zur Verfügung gestellt werden.

Beschlusszuständigkeit:

Auf Grund der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ gehört die Bewilligung von unentgeltlichen Zuwendungen bis zu einer Höhe von 5.000,00 € zu den Geschäften der laufenden Verwaltung.

Bei Zuwendungen über 5.000,00 € ist ein Beschluss durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig nach § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG notwendig. Der hier angeführte Zuschussantrag übersteigt die Bewilligungssumme von 5.000,00 €.

Im Rahmen der Hauptsatzung wurde die Bewilligung unentgeltlicher Zuwendungen jedoch umfassend auf die Fachausschüsse übertragen. In diesem Fall ist der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung zuständig, weil die Entscheidung über Zuschüsse an Kleingartenvereine nicht speziell dem Aufgabengebiet anderer Ausschüsse zugewiesen wurde. Dem Umwelt- und Grünflächenausschuss wurde lediglich die Bewilligung unentgeltlicher Zuwendungen an Umweltorganisationen und Förderprojekte zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zugewiesen.

Herlitschke

Anlage/n:

Antrag auf Bezuschussung vom 30.10.2024
Lageplan
Wasserrechnung von BS|Energy

Betreff:

Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

15.11.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Die Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Sachverhalt:

Im Rahmen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ist gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) seit dem 1. Januar 2023 auf einzelne Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig Umsatzsteuer zu erheben.

Dabei ergeben sich allein aufgrund der Art der Beisetzung grundlegende Unterschiede bei der Umsatzbesteuerung:

Sargbestattungen unterliegen mangels Wettbewerb zu privaten Anbietern nicht der Umsatzbesteuerung.

Im Gegensatz dazu können Urnenbeisetzungen gem. Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) auch von privaten Unternehmen (auch außerhalb von Friedhöfen) angeboten werden, wodurch grundsätzlich ein (potenzieller) Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen und der Stadt als Friedhofsträgerin begründet wird.

Wenn es sich bei dem betreffenden Urnengrab um eine in sich abgeschlossene Grundstücksfläche handelt, soll die Vergabe der Nutzungsrechte nach § 4 Nr. 12 UStG nach herrschender Meinung steuerbefreit sein. In allen anderen Fällen (z. B. Urnenhain, Urnengemeinschaftsgrab) ist die Beisetzung hingegen aktuell mit 19 % zu versteuern.

Mit Beschluss des Rates vom 20.12.2022 wurde die Friedhofsgebührensatzung im Hinblick auf die Umsetzung der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2b UStG dahingehend verändert, dass die bis dahin umsatzsteuerfreien Nettobeträge ab 01.01.2023 für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren als Bruttoentgelte zu zahlen sind.

Dies gilt seitdem für einzelne Gebührentatbestände, welche die Beisetzungsformen Urnenhain und Urnengemeinschaftsanlage betreffen, ebenso die Beisetzungen im historischen Umfeld sowie die entsprechenden Nebenleistungen, z. B. das Anbringen von Bronzegusstafeln mit den Namen der Verstorbenen an Stelen.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig wurden im Ergebnis in den Jahren 2023 und 2024 nicht zusätzlich belastet, da die Steuerlast von der Verwaltung getragen und an das Finanzamt abgeführt wird.

Dies führte zu einer entsprechend reduzierten Einnahme für die Stadtkasse.

1. Anlass und Begründung für die vorgeschlagene Änderung

Die beschlossene Reduzierung der Nettoentgelte führte zu Mindereinnahmen aus den Friedhofsgebühren in Höhe von 76.770,72 € für das Jahr 2023 und in Höhe von 55.991,94 € für die ersten neun Monate des Jahres 2024, somit insgesamt hochgerechnet auf den gesamten Übergangszeitraum von zwei Jahren zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 150.000 €.

Diese Mindereinnahmen durch die Übernahme der zusätzlich abzuführenden Umsatzsteuer konnte auch nicht durch einen entsprechenden Vorsteuerabzug ausgeglichen werden. Die abzugsfähige Vorsteuer betrug im Jahr 2023 rund 5.500 € und im Jahr 2024 bisher rund 11.000 €, sodass sich der Kostendeckungsgrad der Friedhofsverwaltung insgesamt weiter verschlechtert hat.

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation der Stadt Braunschweig schlägt die Verwaltung zur Erhöhung der Einnahmen vor, bei den betroffenen Gebührentatbeständen die Umsatzsteuer ab dem 1. Januar 2025 auf die bis Ende 2023 erhobene Nettogebühr aufzuschlagen und so zumindest die Netto-Einnahmen wieder auf das Niveau der Jahre bis 2023 zu bringen.

Die Gebühren erhöhen sich dementsprechend für die Bürgerinnen und Bürger um den jeweils aktuellen Umsatzsteuerbetrag, zzt. 19 %.

Dies betrifft die folgenden Ziffern der Gebührentatbestände der Friedhofsgebührensatzung, die seit dem 1. Januar 2023 inklusive Umsatzsteuer zu erheben sind:

- 2.3.1 Urnenhain für eine Urne (20 Jahre)
- 2.3.2 Urnengemeinschaftsgrab (20 Jahre)
- 2.4.1 Urnenhain für eine Urne (15 Jahre)
- 2.4.2 Urnengemeinschaftsgrab (15 Jahre)
- 2.4.7 Urnengrab 0,5 m² in historischem Umfeld
- 3.2.2 Verlängerung Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr
- 4.6.3 Bronzegusstafel Reformierter Friedhof.

Eine Gegenüberstellung der Höhe der betroffenen Gebühren ist aus der Anlage 2 ersichtlich.

2. Kalkulationsgrundlage

Auf Grund der in der Stadt Braunschweig gegebenen Konkurrenzsituation (drei Friedhofsträger) sind weiterhin kostendeckende Gebühren nicht zu erzielen.

Für den Gesamtbereich des Friedhofs- und Bestattungswesens (Stadtfriedhof, Ortsteilfriedhöfe, historische Friedhöfe, Kriegsgräber, Ehrengräber) sind für das Jahr 2025 Aufwendungen in Höhe von 2.750.398,63 € geplant. Von den Gesamtaufwendungen für das Friedhofs- und Bestattungswesen entfallen auf den Gebührenbereich 2.694.112,28 €.

Diesen Aufwendungen stehen in der Planung 2025 ohne die Gebühren-Erhöhung Erträge in Höhe von 1.593.932,66 € gegenüber. Der Kostendeckungsgrad beträgt demzufolge rund 59 %.

Die vorgeschlagene Gebührenerhöhung durch den aktuellen Umsatzsteuerbetrag würde zu haushaltsentlastenden Mehreinnahmen für die Friedhofsverwaltung in Höhe von rund 75.000 € für das Jahr 2025 führen. Hierdurch würde der Kostendeckungsgrad geringfügig erhöht und mit 62 % in einem vollen Haushaltsjahr erwartet.

Die neu kalkulierten Gebühren sind der Anlage 1 zu entnehmen.

3. Zuständigkeit des Rates

Die Zuständigkeit des Rates für die Beschlussfassung über die Friedhofsgebührensatzung ergibt sich aus dem § 58 Abs. 1 Nr. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz, nach dem der Rat (die Vertretung) „über die Erhebung öffentlicher Abgaben (Gebühren, Beiträge und Steuern) und Umlagen“ beschließt.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1: Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig

Anlage 2: Gegenüberstellung der von der Erhöhung betroffenen Gebühren

**Zweiundzwanzigste Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Gebühren für die Friedhöfe
in der Stadt Braunschweig
(Friedhofsgebührensatzung)**

vom 17. Dezember 2024

Auf Grund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9), der §§ 1, 2, 4 und 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589) und § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2022 (Nds. GVBl. S. 134), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 17. Dezember 2024 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) vom 13. Dezember 1977 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 30. Dezember 1977, S. 64), zuletzt geändert durch die Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig vom 20. Dezember 2022 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 15 vom 22. Dezember 2022, S. 89) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Soweit Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, erhöhen sich die im Gebührenverzeichnis genannten Gebühren um die gesetzliche Umsatzsteuer.“

2. Die Anlage zur Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 2.3.1 wird wie folgt gefasst:

„2.3.1 Urnenhain für eine Urne	810,70 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“
--------------------------------	--

- b) Nummer 2.3.2 wird wie folgt gefasst:

„2.3.2 Urnengemeinschaftsgrab	1.555,40 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“
-------------------------------	--

- c) Nummer 2.4.1 wird wie folgt gefasst:

„2.4.1 Urnenhain für eine Urne	628,10 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“
--------------------------------	--

- d) Nummer 2.4.2 wird wie folgt gefasst:

„2.4.2 Urnengemeinschaftsgrab	1.283,70 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“
-------------------------------	--

- e) Nummer 2.4.7 wird wie folgt gefasst:

„2.4.7 Urnengrab 0,5 m² im
historischen Umfeld

1.089,00 € (zuzüglich der aktuell
geltenden Umsatzsteuer)“

f) Nummer 3.2.2 wird wie folgt gefasst:

„3.2.2 Verlängerung
Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr

81,40 € (zuzüglich der aktuell
geltenden Umsatzsteuer)“

g) Nummer 4.6.3 wird wie folgt gefasst:

„4.6.3 Bronzegusstafel Reformierter
Friedhof

264,00 € (zuzüglich der aktuell
geltenden Umsatzsteuer)“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Braunschweig, den xx. xxx 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Herlitschke
Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den xx. xxx 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Herlitschke
Stadtrat

Ab 1. Januar 2025 von der Änderung der Friedhofsgebührensatzung betroffene Friedhofsgebühren

Gebühren-Ziffer	Gebührenüberschrift	Gebühren-Ziffer	Gebührentext	derzeitiges PSP-Element	bisherige Gebühr inkl. 19% Ust	künftige Gebühr inkl. 19 % Umsatzsteuer	Steigerung
2.3	Urnengrabstätten für die Dauer von 20 Jahren	2.3.1	Urnenhain für eine Urne	1.55.5530.03.02	810,70 €	964,73 €	19%
		2.3.2	Urnengemeinschaftsgrab	1.55.5530.03.03	1.555,40 €	1.850,93 €	19%
2.4	Urnengrabstätte für die Dauer von 15 Jahren	2.4.1	Urnenhain für eine Urne	1.55.5530.03.02	628,10 €	747,44 €	19%
		2.4.2	Urnengemeinschaftsgrab	1.55.5530.03.03	1.283,70 €	1.527,60 €	19%
		2.4.7	Urnengrab 0,5 m² im historischen Umfeld	1.55.5530.03.10	1.089,00 €	1.295,91 €	19%
3.2	Besondere Gebühren für Verlängerung (pro Jahr)	3.2.2	Verlängerung Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr	1.55.5530.03.03	81,40 €	96,87 €	19%
4.6	Besondere Leistungen bei Bestattungen/Beisetzungen	4.6.3	Bronzegusstafel Reformierter Friedhof	1.55.5530.03.10	264,00 €	314,16 €	19%